# Bevölkerungsforschung *Aktuell*

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 2 • 2017
38. Jahrgang


*Liebe Leserinnen und Leser,*

*die Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Sie ist in ihren Erscheinungsformen vielfältiger geworden und keineswegs auf dem Rückzug oder in der Krise, wie das vielfach behauptet wird. Allerdings haben sich die Erwartungen und Vorstellungen an das Familienleben und die Partnerschaft gewandelt. Wie stark und in welcher Weise, wurde bisher kaum aus einer kulturellen Perspektive betrachtet.*

*Das BiB hat diese Forschungslücke mit seiner 2012 erstmals durchgeführten Studie zu Familienleitbildern in Deutschland geschlossen und gezeigt, dass die Menschen in Deutschland sehr wohl Vorstellungen von einer „idealen Partnerschaft“ oder der „guten Arbeitsteilung in einer Beziehung“ haben. Dazu gehört beispielsweise auch die Frage, was die „perfekten Eltern“ kennzeichnet oder wann der richtige Zeitpunkt zur Familiengründung gekommen ist. Trotz eines kontinuierlich niedrigen Geburtenniveaus und weit verbreiteter Kinderlosigkeit hat sich dabei bestätigt, dass für die meisten eigene Kinder von großer Bedeutung sind – und zwar nach wie vor bei den meisten Paaren zwei Kinder, wie Sabine Diabaté und Kerstin Ruckdeschel in ihrem Beitrag belegen. Nun liegt nach vier Jahren eine neue Broschüre des BiB vor, die auf der Basis von Wiederholungsbefragungen darüber informiert, wie sich die Vorstellungen von Familie im Zeitverlauf verändern und inwieweit Familienleitbilder die Familiensituation beeinflussen – oder diese wiederum die Leitbilder.*

*Es wird deutlich, dass das aktuelle Familienleitbild vor allem auf die Familiengründung und die Rollenverteilung der Eltern ausgerichtet ist. Diese wird nun in noch stärkerem Maße als in den vergangenen Jahrzehnten mit gleichberechtigten Vorstellungen von Partnerschaft und Elternschaft kombiniert.*

*Dr. Evelyn Grünheid,*
*Forschungsdirektorin im BiB*

## Am besten ein Mädchen und ein Junge? – Geschwisterleitbilder in Deutschland

Trotz Anzeichen eines leichten Bedeutungsrückgangs ist in Europa und in Deutschland die Zwei-Kind-Familie (sowohl bei der tatsächlichen wie auch der gewünschten Kinderzahl) nach wie vor die am meisten verbreitete Lebensform mit Kindern. Ihre Dominanz umfasst einen solch langen Zeitraum, dass sie die biografischen Erfahrungen der eigenen Kindheit der aktuellen Kohorten im Familiengründungs und -erweiterungsalter prägt und somit intergenerational weitergegeben wird. Für eine nachhaltige Erhöhung der Geburtenrate ist allerdings eine Zunahme der Familien mit mindestens drei Kindern nötig. Somit ist es von großer Bedeutung festzustellen, wie stark sich die Zwei-Kind-Norm in den Köpfen verfestigt hat.

*Weitere Ergebnisse aus der Leitbild-Forschung des BiB präsentiert die aktuelle Broschüre „Familienleitbilder: Alles wie gehabt? Partnerschaft und Elternschaft in Deutschland (s. S. 18).*

Dazu untersucht der Beitrag auf der Grundlage der zweiten Welle der BiB-Studie zu „Familienleitbildern in Deutschland“ das Geschwisterleitbild. Die Ergebnisse bestätigen unter anderem die Verfestigung der Dominanz der Zwei-Kind-Familie. ➡ *Seite 2*

## Umfrage zur Demografiepolitik der Bundesregierung – Zusammenfassung der Ergebnisse

Jedes Alter zählt
Die Demografiestrategie der Bundesregierung

Wie schätzen die Bürgerinnen und Bürger die im Rahmen der Demografiestrategie eingeleiteten demografiepolitischen Maßnahmen und Handlungsfelder der Bundesregierung ein? Welche werden als besonders erfolgreich wahrgenommen? Wie sehen die Erwartungen an eine zukünftige Demografiepolitik aus?

Antworten auf diese Fragen liefert eine Umfrage des Demografieportals des Bundes und der Länder anläßlich des Demografiegipfels im März 2017. Sie ist ein Teil des Dialogprozesses zur Demografiestrategie der Bundesregierung. Insgesamt 542 Personen beteiligten sich im dreiwöchigen Umfragezeitraum zwischen dem 22. Februar und dem 14. März 2017 an der Online-Umfrage.

Die im Beitrag vorgestellten Ergebnisse belegen, dass die Bereiche Bildung, soziale Sicherung im Alter und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als wichtigste Handlungsfelder gesehen werden. Dabei sollte nach Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine zukünftige Demografiepolitik den Schwerpunkt auf die Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen legen. Als wichtige Zukunftsthemen werden zudem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Bildung genannt. ➡ *Seite 11*

Sabine Diabaté; Kerstin Ruckdeschel (beide BiB)

# Am besten ein Mädchen und ein Junge? – Geschwisterleitbilder in Deutschland

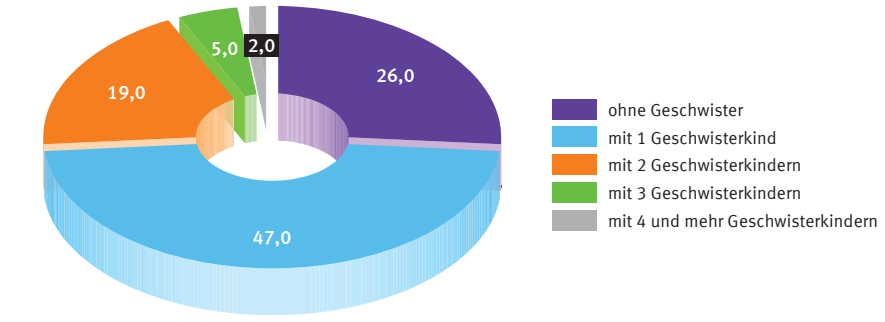
**Nach dem Babyboom in der Nachkriegszeit wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts die Zwei-Kind-Familie in Europa zur allgemeinen Norm (Frejka et al. 2008; Lutz et al. 2006), sowohl was die faktische Kinderzahl anbelangt als auch die gewünschte (z. B. Diabaté/Ruckdeschel 2016). Und trotz Anzeichen eines leichten Bedeutungsrückgangs (Goldstein et al. 2003), stellt die Zwei-Kind-Norm in Europa und auch in Deutschland nach wie vor die am meisten verbreitete Lebensform mit Kindern dar (Dorbritz/Ruckdeschel 2015). Sie dominiert inzwischen so lange, dass sie die biografischen Erfahrungen der aktuellen Kohorten im Familiengründungs- und -erweiterungsalter prägt und somit intergenerational weitergegeben wird (Sobotka/Beaujouan 2014: 412). Interessant wird diese Norm unter anderem im Zusammenhang mit der Diskussion um die Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland. So wäre bei gleichbleibend hoher Kinderlosigkeit z. B. eine Zunahme von Familien mit mindestens drei Kindern nötig, um die Geburtenrate nachhaltig zu erhöhen. Dies wiederum führt zu der Frage, wie stark sich die Zwei-Kind-Norm in den Köpfen verfestigt hat. Dazu muss auch das Geschwisterleitbild in Deutschland untersucht werden, das eine Facette dieser Norm darstellt.**

## Das Leitbild der Zwei-Kind-Familie

Die aktuelle Dominanz der Zwei-Kinder-Norm spiegelt sich in den Geschwisterkonstellationen in Deutschland wider (vgl. Abb. 1). Diese Norm ist ein fester Bestandteil des Familienleitbildes, an dem sich viele orientieren, weil sie es für erstrebenswert erachten (vgl. theoretisches Konzept bei Diabaté/Lück 2014, weitere Ergebnisse der Studie bei Schneider et al. 2015). Geschwisterkonstellationen liegen aufgrund der Datenlage nur für Minderjährige auf Haushaltsebene vor, zeigen aber bereits ein verlässliches Bild der Situation (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Im Jahr 2014 lebte knapp die Hälfte (47 %), und damit der deutlich größte Anteil, der 13,0 Millionen minderjährigen Kinder mit einem weiteren Geschwisterkind im Haushalt. Ohne Geschwister im Haushalt lebten 26 %. Knapp jedes fünfte Kind wuchs mit zwei Geschwistern auf, weitere 7 % mit drei und mehr Geschwisterkindern.

Was die Geschwisterkonstellationen betrifft, finden sich allerdings deutliche Ost-West-Unterschiede in dem Sinne, dass in Westdeutschland größere Familien noch häufiger sind. In Ostdeutschland lebten minderjährige Kinder wesentlich häufiger als einziges Kind im Haushalt der Eltern (34 %) als in Westdeutschland (25 %). Etwas weniger ostdeutsche als westdeutsche Minderjährige wurden mit genau einem Geschwisterkind groß (45 % zu 48 %). Und nochmals weniger ostdeutsche als westdeutsche Minderjährige hatten zwei oder mehr Geschwister (21 % zu 28 %). (Statistisches Bundesamt 2015a, 2015b).

Abb. 1: Minderjährige Kinder in Familien im Jahr 2015 in Deutschland nach Anzahl der im selben Haushalt lebenden Geschwister ohne Altergrenze (in %)




Datenquelle: Statisches Bundesamt, Mikrozensus 2015

Einschränkung: Geschwister, die nicht im selben Haushalt leben (z. B. weil ausgezogen oder wg. einer Trennung bei einem anderen Elternteil lebend), können hier nicht einbezogen werden. Auch ob es leibliche Geschwister sind, ist nicht bekannt. Es kann sich hier teilweise z. B. auch um Stiefgeschwister handeln.

© BiB 2017

Die Beliebtheit der Zwei-Kind-Familie erklärt sich im Sinne der „value of children"-Theorie dadurch, dass bei zwei Kindern von einer optimalen Erfüllung des immateriellen Nutzens ausgegangen werden kann, der erst durch die Interaktion zwischen den beiden Kindern eintritt. Demnach durchlaufen Geschwisterkinder eine bessere Entwicklung, da während des Sozialisationsprozesses soziale Kompetenzen erlernt werden können und außer-

dem die Eltern durch die Beschäftigung der Kinder untereinander stärker entlastet werden (Huinink 1995). Im Erwachsenenalter können sich die Kinder dann gegenseitig unterstützen, z. B. bei der Pflege und Betreuung der Eltern. Da die Zweikindfamilie auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zumindest im Vergleich zu größeren Familien, von Vorteil ist, gilt sie als die „familiale Optimallösung“ (Jefferies 2001; Huinink 1995). Ein weiteres Argument für die Zweikindnorm ist die in Teilen der Gesellschaft vorhandene gesellschaftliche Stigmatisierung von Einzelkindern (z. B. Mancillas 2006; Hagewen/Morgan 2005), sowie von kinderreichen Familien (Diabaté et al. 2015).

Daher soll in diesem Beitrag der Aspekt der Geschwisterzahl vertieft werden. Es wird dargestellt, welche Leitbilder zu Geschwisterkonstellationen unter jungen Erwachsenen in Deutschland vorherrschen, wie sie mit Faktoren wie z. B. Bildung und Wohnort (West-/Ostdeutschland) zusammenhängen und wie diese durch die eigene Herkunftsfamilie geprägt sind.

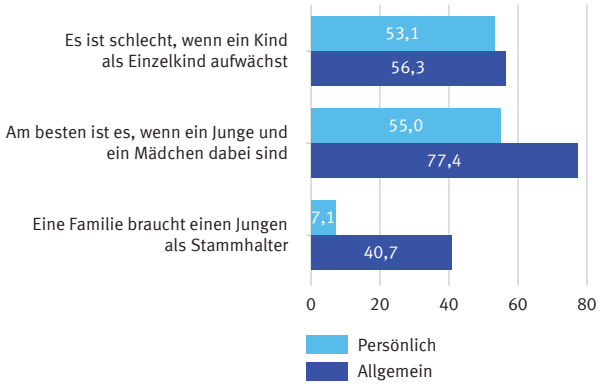
## Datengrundlage: Der Leitbildsurvey

Die Auswertungen beruhen auf Daten der Studie „Familienleitbilder in Deutschland“, die vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung konzipiert und durchgeführt wurde (Überblick über beide Befragungen: Wolfert et al. 2017, Lück et al. 2013). Die Interviewerinnen und Interviewer haben im Jahr 2012 in einer repräsentativen Befragung bundesweit insgesamt 5.000 zufällig ausgewählte Personen telefonisch befragt, die zwischen 1973 und 1992 geboren wurden. Im Jahr 2016 wurden alle wiedererreichbaren Teilnehmer aus dem Jahr 2012 ein zweites Mal befragt. Insgesamt 1.858 Personen nahmen noch einmal teil. Überwiegend wurden die gleichen Fragen wie 2012 gestellt. Zum zweiten Befragungszeitpunkt 2016, auf den sich die hier vorgestellten Analysen größtenteils beziehen, waren die jungen Erwachsenen zwischen 24 und 43 Jahren alt. Etwas mehr als die Hälfte ist ledig (54,3 %), weitere 40,6 % sind verheiratet und eine kleine Gruppe besteht aus getrennt Lebenden, Geschiedenen und Verwitweten. Betrachtet man die Familienentwicklung der Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer, dann sind die Hälfte kinderlos geblieben (50,3 %), 7,9 % haben ein erstes Kind bekommen, weitere 32,1 % hatten unverändert dieselbe Kinderzahl und 9,5 % sind zum 2., 3. oder 4. Mal Eltern geworden.

## Ergebnisse

Um die Verbreitung und Beständigkeit der Zwei-Kind-Norm besser verstehen zu können, soll sich dem Phänomen im folgenden Beitrag über die Vorstellungen zur idealen Geschwisterkonstellation genähert werden. Dazu werden drei Facetten des Geschwisterleitbildes näher betrachtet: die Bewertung der Situation von Einzelkindern, die Wichtigkeit eines Stammhalters und die Frage, ob es einen idealen Geschlechtermix bei Geschwistern geben sollte. Nach der idealen Kinderzahl in Deutschland[1] gefragt (vgl. auch Diabaté/Ruckdeschel 2016), gaben 62 % der Befragten zwei Kinder an bzw. in anderen Worten: zwei Geschwister. Die Facetten des Geschwisterleitbildes erlauben nun ein tieferes Verständnis dieses Ideals. So wird zunächst die Situation von Einzelkindern deutlich negativ bewertet (vgl. Abb.2). Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um die persönliche Meinung der Befragten handelt (Pers.: 53,1 %), oder um die wahrgenommene öffentliche Mei-

Abb. 2: Einstellungen zu Geschwistern (Zusammengefasste Zustimmung in %)




Datenquelle: Leitbildsurvey 2016, gewichtet, eigene Berechnungen

Zustimmung: Die Zustimmung wurde über eine 4-stufige Skala erfasst („Stimme voll und ganz/eher/eher nicht/überhaupt nicht zu“).

Die beiden Antwortkategorien „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst.

© BiB 2017

[1] Die Frage stammt aus der ersten Welle von 2012. Dabei wurde zunächst nach der idealen Kinderzahl für Familien in Deutschland gefragt, wobei sowohl eine Zahl als auch eine Spanne genannt werden konnte. Damit gemeint ist, was die Befragten im gesellschaftlichen Durchschnitt für die ideale Familiengröße halten. Knapp 32 % sehen drei Kinder als gesellschaftliches Ideal, die anderen Gruppen (Einzelkind als ideal, 4 und mehr Kinder als ideal) sind statistisch kaum bedeutsam.

nung (Allg.: 56,3 %). Mehr als die Hälfte aller jungen Deutschen ist der Meinung, dass es für ein Kind schlecht sei, wenn es als Einzelkind aufwächst. Dies impliziert gleichzeitig, dass die Entscheidung für Elternschaft in den Augen der meisten Befragten die Entscheidung für mehr als ein Kind bedeutet. In die gleiche Richtung weisen die Ergebnisse zur Aussage „Am besten ist es, wenn ein Junge und ein Mädchen dabei sind". Auch hier ist die Mindestvoraussetzung, dass man wenigstens zwei Kinder hat. Bei dieser Frage sind die Unterschiede zwischen der persönlichen und der wahrgenommenen öffentlichen Meinung bereits größer, d. h. persönlich scheint der Geschlechtermix den Befragten weniger wichtig zu sein als in der Allgemeinheit wahrgenommen wird.

Ein Nebenaspekt der eben dargestellten Meinung ist die Frage, ob ein Junge auch wegen seiner Funktion als Stammhalter eine besondere Bedeutung zugesprochen bekommt. Der Stammhalter ist im engeren Sinne der erstgeborene Sohn einer Familie, wobei es hier um zwei Dimensionen geht: Das Fortleben des Familiennamens aus väterlicher Seite beim eigenen Sohn und die spätere Weitergabe dieses Namens an den Enkel. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass sich junge Erwachsene heute kaum noch darum Gedanken machen, ob sie aus solchen Gründen ein bestimmtes Geschlecht beim Familiennachwuchs bevorzugen. Eine Entwicklung, die durch die veränderte Gesetzgebung hinsichtlich der Namenswahl, aber auch durch die voranschreitende Gleichberechtigung der Geschlechter sicher begünstigt wurde. Bei diesem Thema treten auch die größten Unterschiede zwischen der persönlichen und wahrgenommenen öffentlichen Meinung auf. Nur 7,1 % der Befragten sehen diesen Aspekt als bedeutsam an, allerdings gehen 40,7 % davon aus, dass diese Meinung in der Gesellschaft noch weit verbreitet sei.

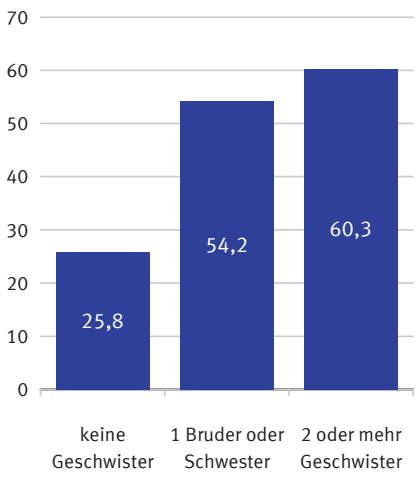
Insgesamt wird also die Allgemeinheit in Deutschland konservativer eingeschätzt als es der eigenen Meinung entspricht. Bei der Interpretation dieser Diskrepanzen spielen u. a. auch Altersunterschiede eine Rolle. So stellen die Befragten selbst nur einen jüngeren Ausschnitt aus der Gesamtbevölkerung dar, die aber als Ganzes die öffentliche Meinung mitprägt. Vergleichende Analysen mit anderen Datensätzen in denen ähnliche Fragen vorkamen (u. a. mit dem European Value Survey EVS) haben gezeigt, dass die wahrgenommene öffentliche Meinung der jüngeren Erwachsenen teilweise auch durch die deutlich konservativeren Werthaltungen der über 40-Jährigen mit geprägt sein dürfte (Junck/Lück 2015), d. h. durch die eigenen Eltern, Großeltern oder andere ältere, nahestehende Personen in der Umgebung. Weitere bedeutsame Bezugsgrößen, die das wahrgenommene gesellschaftliche Klima aus Sicht der jüngeren Befragten beeinflussen, sind vermutlich innerhalb der Medien, Kirchen und Politik zu suchen, die zu einer Überbetonung bestimmter tradierter Leitbilder beitragen können.

### *Leid-Bild: Einzelkind?*

„Ein Einzelkind leidet" – eine weit verbreitete Vorstellung, die selten wirklich fundiert belegt werden konnte. Hartmut Kasten schreibt dazu: „Mit dem Begriff ‚Einzelkinder' werden bis heute immer noch viele überwiegend negativ getönte Annahmen verknüpft. Mit dem Wort ‚einzel(n)' verknüpfen wir im alltäglichen Sprachgebrauch regelmäßig Bedeutungen wie vereinzelt, einsam, Einzelgänger usw. Wörter mit gegensätzlicher Bedeutung sind z. B. mehrere, gesellig, Gruppe usw." (vgl. Kasten 2007: 9). Eine weitere Ursache liegt darin, dass Einzelkinder historisch betrachtet nicht die Norm darstellten. Kinder waren ein Statussymbol, eine Altersabsicherung und normaler Bestandteil des Lebens. Die Abneigung gegen Einzelkinder wird in keiner Forschung genau erklärt, sie scheint einfach zu existieren (vgl. Die Zeit 2011). Die gängigen Vorurteile, dass ein Einzelkind aus verschiedenen Gründen stark leidet, werden nicht von der Forschung bestätigt, jedoch dass sie sich in Aspekten wie Schulerfolg und dem eigenen Kinderwunsch von anderen unterscheiden (Dörfler et al. 2013). Beispielsweise sind sie in der Schule erfolgreicher und sie wünschen sich oftmals als Erwachsene später auch nur ein Kind, d. h. sie haben ihr Aufwachsen als Einzelkind positiv erlebt. Woher kommen also die Vorurteile? Sie sind vermutlich stark mit der Zwei-Kind-Norm verbunden, die ja auch beinhaltet, dass eins ‚nicht genug' ist und das Familienglück normativ betrachtet erst mit mindestens zwei Kindern erfüllt ist (Kasten 2012).

Ausgehend von der Idee, dass es für die Entwicklung der Kinder und die Eltern selbst von Vorteil ist, wenn Kinder mit Geschwistern aufwachsen, ist die Vorstellung entstanden, dass das Aufwachsen mit Geschwistern dem ohne vorzuziehen sei. Hier stellt sich die Frage, ob solche Vorstellungen allein durch pädagogisch begründbare Aussagen zustande kommen oder ob sie auch die Folge

Abb. 3: Bewertung des Einzelkinds nach Geschwister-Erfahrung in Herkunftsfamilie (Zusammengefasste Zustimmung in %)




Datenquelle: Leitbildsurvey 2016, gewichtet, eigene Berechnungen.
Zustimmung: Die Zustimmung wurde über eine 4-stufige Skala erfasst („Stimme voll und ganz/eher/eher nicht/überhaupt nicht zu).
Die beiden Antwortkategorien „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ wurden zusammengefasst. © BiB 2017

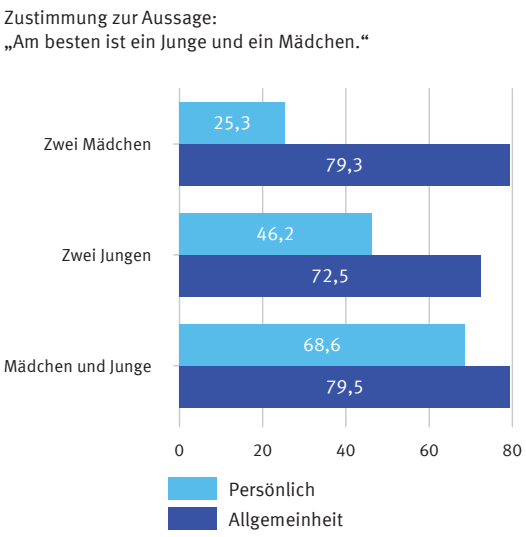
biografischer Erfahrungen sind. Aus der Forschung (Hayford 2009; Régnier-Loilier 2006) ist bekannt, dass Erfahrungen aus der Herkunftsfamilie für die Größe der eigenen Familie eine Rolle spielen, was sich auch bei den vorliegenden Ergebnissen bestätigt. Die Ansicht, Einzelkinder würden leiden, weil ihnen Geschwister fehlen, ist unabhängig von Geschlecht, Bildung oder Migrationshintergrund quer durch alle Bevölkerungsschichten verbreitet. Es zeigt sich eine einzige Ausnahme (vgl. Abb. 3): Wer selbst als Einzelkind aufgewachsen ist, bewertet eine Kindheit ohne Geschwister wesentlich positiver als jemand, der mit Geschwistern aufgewachsen ist. In der Gruppe der Befragten sind 13,2 % Einzelkinder (N=245), 43,2 % (N=803) haben eine Schwester oder einen Bruder, und weitere 43,6 % (N=809) haben zwei oder noch mehr Geschwister. Der Aussage „Es ist schlecht, wenn ein Kind als Einzelkind aufwächst“ stimmen nur 25,8 % derjenigen zu, die diese Erfahrung selbst gemacht haben, aber 60,3 % derjenigen, die mit mehreren Geschwistern aufgewachsen sind (vgl. Abb. 3). Damit hängen auch die unterschiedlichen Bewertungen von Einzelkindern in Ost und West zusammen. Wie schon gezeigt, ist die Ein-Kind-Familie im Osten Deutschlands weiter verbreitet als im Westen. Dementsprechend ist die Bewertung im Osten positiver als im Westen. Wir finden 51,1 % Zustimmung zur Aussage „Es ist schlecht, als Einzelkind aufzuwachsen“ in den neuen Bundesländern und zu 57,7 % in den alten. Schließlich sehen Eltern, die ein Kind haben und kein weiteres wollen, diesen Umstand naturgemäß seltener (21,3 %) als diejenigen, die mehr Kinder haben und/oder wollen (60,0 %).

### *Gibt es ein Leitbild des idealen Geschwisterpaars?*

Die Forschung zeigt, dass es Geschlechterpräferenzen beim Kinderwunsch gibt (Hank/Kohler 2003). Demnach präferieren Männer signifikant häufiger Söhne, Frauen präferieren Töchter (z. B. Higginson/Aarssen 2011, Brockmann 2011). Daher müsste am häufigsten ein gemischtgeschlechtliches Geschwisterpaar als Leitbild dominieren (vgl. auch Hank/Kohler 2000). Diese Neigung wird damit erklärt, dass Menschen ein intrinsisches Bedürfnis danach haben, etwas von sich für die Zukunft zu bewahren. Sie möchten sich selbst reproduzieren und das wird am meisten dadurch erfüllt, dass sie einen Nachkommen ihres eigenen Geschlechts erzeugen. Eltern möchten ihr Vermächtnis, ihren Wohlstand, ihr Wissen etc. weitergeben und das am besten an eine ‚kleine Kopie ihrer Selbst‘. Ein weiterer Aspekt ist, dass Eltern durch den Erfolg ihrer Kinder einen eigenen Erfolg verzeichnen. Diese Befriedigung des Erfolgs funktioniert bei Männern besser durch Söhne und bei Müttern durch Töchter.

Der Leitbildsurvey belegt die Bedeutung dieser Idealvorstellung unter jungen Erwachsenen gleichermaßen. Am meisten werden ein Junge und ein Mädchen geschätzt, was übrigens nicht nur für Deutschland gilt, sondern z. B. auch für die nordischen Länder (z. B. Hank et al. 2008). Interessant sind bei der Frage nach der gewünschten Konstellation die Antworten, wenn man bei Befragten, die bereits Eltern sind, nach dem tatsächlichen Geschwistermix differenziert. Hat jemand mit zwei Kindern nur Mädchen, dann stimmt er der Aussage „Am besten ist ein Junge und ein Mädchen“ wesentlich seltener zu (25,3 %) als jemand mit zwei Jungen (46,2 %), während gleichzeitig Eltern mit genau einem Mädchen und einem Jungen, diese Kombination am häufigsten für ideal halten (68,6 %) (vgl. Abb. 4). Mädchen-Eltern scheinen also sehr viel zufriedener mit ihrer Situation zu sein, als Eltern mit zwei Jungen. Warum dies so ist, lässt

Abb. 4: Bewertung des idealen Geschwister-Mix (ein Junge und ein Mädchen) von Eltern mit genau zwei Kindern nach deren Geschlechterkonstellation (Zusammengefasste Zustimmung in %)




Datenquelle: Leitbildsurvey 2016, gewichtet, eigene Berechnungen
Zustimmung: Die Zustimmung wurde über eine 4-stufige Skala erfasst („Stimme voll und ganz/eher/eher nicht/überhaupt nicht zu).
Die beiden Antwortkategorien „Stimme voll und ganz zu" und „Stimme eher zu" wurden zusammengefasst. © BiB 2017

sich schwer interpretieren. Womöglich gibt es Alltagserfahrungen, die zeigen, dass das Aufziehen von Jungen etwas herausfordernder ist als das von Mädchen, zumindest gibt es dazu in der öffentlichen Debatte und auch in der Forschung immer wieder Hinweise, dass z. B. hinsichtlich des Schulerfolgs Mädchen besser abschneiden, d. h. in diesem Kontext den Eltern etwas weniger Sorgen bereiten als Jungen.

Gleichzeitig nehmen alle Eltern den Geschwister-Mix in der Öffentlichkeit als Ideal wahr, was gerade Eltern mit tatsächlichem Geschwister-Mix wohl als zusätzliche Bestätigung empfinden werden, während Eltern von zwei Mädchen dies seltener als Feststellung eines Mangels empfinden könnten als die Eltern von zwei Jungen. Demnach müsste die Entscheidung für ein drittes Kind häufiger von Eltern mit zwei Jungen getroffen werden.

Will man untersuchen, ob sich die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Geschwistermix auf die weitere Familienentwicklung auswirkt, dann ist ein naheliegender Schritt, Eltern genauer zu betrachten, die in der ersten Welle zwei Kinder hatten. Hier zeigt sich, dass mit 13,8 % am häufigsten diejenigen bis zum Jahr 2016 ein weiteres Kind bekamen, die 2012 den als ideal bewerteten Mix aus einem Mädchen und einem Jungen hatten. Mit 12,2 % folgen dann Eltern mit zwei Jungen und am seltensten bekamen Eltern von zwei Mädchen Nachwuchs (6,9 %). Allerdings sind die Unterschiede aufgrund der Fallzahlen statistisch nicht signifikant.

Zudem stellt sich die Frage, inwieweit sozialstrukturelle Einflüsse die Präferenz für einen Geschlechtermix mitbestimmen. Die Ergebnisse zeigen, dass dazu eher Personen mit einem niedrigen bis mittlerem Schulabschluss (59,2 % zu 44,2 % mit höherer Bildung) und Männer (61,3 % zu 48,7 % Frauen) zählen. Ebenso halten es eher Personen mit Migrationshintergrund als solche ohne (61,9 % zu 53,4 %) für ideal, wenn bei mehreren Kindern mindestens ein Junge und ein Mädchen dabei sind.

### *Ist das Leitbild des „Stammhalters" noch gültig?*

Die persönliche Bedeutung eines Jungen als Stammhalter ist mit 7,1 % im Vergleich zu den anderen beiden Aspekten sehr gering (vgl. Abb. 2). Bis zur Eherechtsreform 1976/77 wurde in Deutschland der Name des Mannes verpflichtend zum Ehenamen, danach entwickelte sich das Namensrecht dahingehend, dass beide Partner inzwischen relativ frei über die Namenswahl und den Familiennamen entscheiden können. Dadurch steht zumindest juristisch heute auch der Weitergabe eines Familiennamens an die nachfolgenden Generationen über Mädchen nichts mehr im Wege. Jedoch besteht die traditionelle Namensgebung im Alltag häufig weiter fort, was dem in der Gesellschaft wahrgenommenen Leitbild entspricht (vgl. Abb 2., 40,7 %): Im Jahr 2010 haben bei 80 % der Eheschließungen die Frauen den Namen ihres Mannes angenommen (Süddeutsche Zeitung 2010). Zudem finden sich bei genauerer Analyse anhand des Leitbildsurveys noch deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wenn es um die Bedeutung des Stammhalters geht. Für Männer ist er noch wesentlich wichtiger als für Frauen (10,7 % vs. 3,5 %). Auch bei formal niedrig und mittel Gebildeten ist das Stammhalter-Ideal doppelt so oft vorhanden als bei formal hoch Gebildeten (8,1 % vs. 4,0 %).

## Geschwisterleitbilder: Die verschiedenen Typen

Im Folgenden werden die drei Aussagen, nämlich die Bewertung der Situation von Einzelkindern, die Wichtigkeit eines Stammhalters und die Frage, ob es einen idealen Geschlechtermix bei Geschwistern geben sollte

**Tab. 1: Kombination der drei Aussagen für die Typologie der Geschwisterleitbilder**

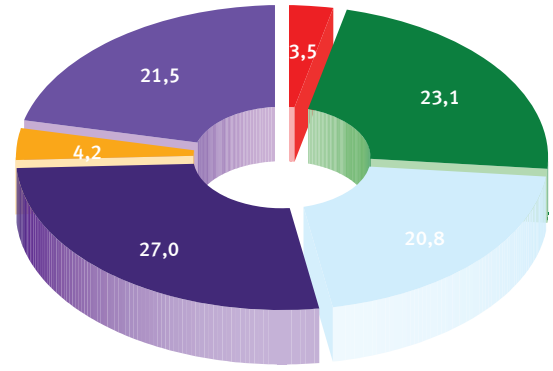
| | Nonkonformisten | Pragmatiker | Idealisten | Traditionalisten | tolerante Idealisten |
|---|---|---|---|---|---|
| Geschlechtermix | – | – | + | + | + |
| Einzelkind leidet | – | + | + | + | – |
| Stammhalter wichtig | – | – | – | + | – |

Quelle: Eigene Darstellung.
+ = Zusammengefasste Zustimmung (Stimme voll und ganz zu … /… stimme eher zu);
– = Zusammengefasste Ablehnung (Stimme eher nicht zu … /… stimme überhaupt nicht zu).

(vgl. Tab. 1), auf persönlicher Ebene in einer einzelnen Variablen zusammengeführt. Hier wird davon ausgegangen, dass verschiedene Typen von idealen Geschwisterkonstellationen existieren. Die Bezeichnungen der Typen beziehen sich auf die persönliche Haltung gegenüber der 2-Kind-Norm.

Die erste Gruppe im Leitbildsurvey 2016 bilden solche Personen, die keiner der drei Anforderungen (tendenziell) zustimmen. Sie werden als die Nonkonformisten bezeichnet und bilden rund ein Fünftel der Befragten ab (23,1 %) (vgl. Abb. 5). Sie nehmen eine ablehnende, nonkonformistische Haltung gegenüber stark normierten und auch tradierten Idealvorstellungen hinsichtlich der Zwei-Kind-Norm ein. Die nächste etwa gleich große Gruppe (20,8 %) bilden die sogenannten Pragmatiker, die eine Mindestfamiliengröße von zwei Kindern bevorzugen, da aus ihrer Sicht Einzelkinder leiden, jedoch ist es ihnen unwichtig, wie die Geschlechterkonstellation ist oder ob ein Junge darunter ist oder nicht. Die größte Gruppe stellen die Idealisten dar (27,0 %). Sie haben eine konkrete Wunschvorstellung, dass nämlich unter den Kindern ein Junge und ein Mädchen dabei sein sollen, wobei der Junge hier nicht die Rolle des Stammhalters übernehmen muss. Die kleinste Gruppe mit gerade mal 4,2 % verkörpern die Traditionalisten, die zusätzlich auch die Bedeutung des Stammhalters betonen. Das letzte Fünftel (21,5 %) bilden die sogenannten toleranten Idealisten, die zwar einen Jungen und ein Mädchen optimal finden, aber die Stammhalter-Tradition ablehnen und auch Einzelkindern gute Entwicklungschancen zugestehen.

Abb. 5: Typologie der Geschwisterleitbilder (Anteile in %)




inhaltlich nicht eingruppierbar
Nonkonformisten (Ablehnung: Einzelkind leidet, Stammhalter, Geschlechtermix)
Pragmatiker (Zustimmung: Einzelkind leidet, Ablehnung: Stammhalter und Geschlechtermix)
Idealisten (Zustimmung: Geschlechtermix, Einzelkind leidet, Ablehnung: Stammhalter)
Traditionalisten (Zustimmung: Geschlechtermix, Stammhalter, Einzelkind leidet)
tolerante Idealisten (Zustimmung: Geschlechtermix, Ablehnung: Stammhalter, Einzelkind leidet)

Datenquelle: Leitbildsurvey 2016, gewichtet, eigene Berechnungen.
Fallzahlen nach Gruppen:
inhaltlich nicht eingruppierbar: N=65; Nonkonformisten: N= 429;
Pragmatiker: N=586; Idealisten: N=501; Traditionalisten: N=78;
tolerante Idealisten: N=399; Gesamt: N=1858.

© BiB 2017

Betrachtet nach verschiedenen sozialstrukturellen Merkmalen, zeichnen sich besonders nach Geschlecht, Wohnort und Bildung Unterschiede bei den verschiedenen Typen ab: Formal höher gebildete Befragte gehören häufiger zur Gruppe der Nonkonformisten und zu den Pragmatikern, seltener sind sie Idealisten oder Traditionalisten. Frauen sind häufiger in der Gruppe der Nonkonformisten und Pragmatiker anzutreffen als Männer, seltener bei den Traditionalisten. Ostdeutsche sind gleichermaßen häufiger Nonkonformisten oder auch tolerante Idealisten, seltener Traditionalisten oder auch Pragmatiker als die Westdeutschen. Personen mit Migrationshintergrund entsprechen häufiger dem Typus der toleranten Idealisten, we-

niger oft dem der Nonkonformisten als Personen ohne Migrationshintergrund, ansonsten gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Personengruppen.

Interessant sind die Kinderwünsche der verschiedenen Geschwisterleitbild-Typen, die bereits zwei Kinder haben, also gewissermaßen die Norm erfüllt haben. Von diesen zeigt sich eine Gruppe besonders offen gegenüber einem dritten Kind: Ein Drittel der Idealisten (31,5 %) wünscht sich mindestens ein weiteres Kind. Auch die Traditionalisten haben hier einen höheren Anteil, jedoch ist der Zusammenhang aufgrund zu geringer Fallzahlen schwer interpretierbar. In den anderen Leitbild-Typen ist das Zwei-Geschwister-Ideal klar zementiert. Hier zeigt sich: Die Pragmatischen haben mit zwei Kindern ihre Wunschkinderzahl überwiegend erreicht (86,5 %), genauso wie die Nonkonformisten (81,9 %) und die toleranten Idealisten (87,0 %). Insgesamt betrachtet die überwiegende Mehrheit (80,2 %) aller Zweikindeltern im Leitbildsurvey ihre Familienplanung als abgeschlossen.

## Zusammenfassung

Persönliche Vorstellungen zur Geschwisterschaft unter den eigenen (gewünschten) Kindern sind wichtige Treiber für die persönliche Lebens-und Familiengestaltung. Sie sind u. a. von den biografischen Erfahrungen in der eigenen Herkunftsfamilie geprägt. Jedoch spielen auch in der Gesellschaft und näheren Umgebung wahrgenommene Idealvorstellungen zu Geschwistern eine Rolle. Auch scheint es eine große soziale Bestätigung für Familien zu geben, die sowohl ein Mädchen als auch einen Jungen haben. Diese Geschwisterkonstellation gilt in der Gesellschaft als ideal, die Familienerweiterung als abgeschlossen, weil sie einerseits das Aufwachsen als Einzelkind vermeiden hilft, andererseits durch den Geschlechtermix auch einen Stammhalter beinhaltet. Obwohl in der Forschung durchaus auch Ergebnisse existieren, die Geschwister als Konkurrenten thematisieren und die Vorteile des alleinigen Aufwachsens hervorheben (weil die Eltern mehr Zeit und Mühen auf ein Kind fokussieren können und mehr Geld verdienen bzw. einsetzen können), geht die Hälfte der jungen Erwachsenen davon aus, dass es schlecht ist und auch dass Einzelkinder in der Gesellschaft stigmatisiert werden. Zudem gibt es hinsichtlich der Geschwister-Leitbild-Typen ein Milieu von jungen Erwachsenen – die Nonkonformisten – , die sich bewusst gegen die stark durchnormierten Vorstellungen der Zweikindfamilie mit einem Mädchen und Jungen innerhalb der Gesellschaft stellen.

## Diskussion

Interpretiert man die Ergebnisse in Hinblick auf die aktuelle Geburtenentwicklung in Deutschland, so führt das vorherrschende Geschwisterleitbild von zwei Geschwistern zu einer Verfestigung der Dominanz der Zwei-Kind-Familie, wobei die Präferenz für einen Geschlechtermix auf persönlicher Ebene nicht dominiert – etwa eine Hälfte findet das wichtig, die andere aber nicht. In der Gesellschaft wird es jedoch als vorherrschendes Leitbild wahrgenommen. Zum einen wird durch dieses Leitbild eine Erhöhung der Geburtenzahlen durch mehr Einzelkinder erschwert, denn diese haben ein schlechtes Image. Dadurch aber wird die Entscheidung für Familie meist von vornherein, d. h. bereits vor der Geburt des ersten Kindes zu einer grundsätzlichen Entscheidung für mindestens zwei Kinder. Dieser Schritt lässt eine Familiengründung gleich als ein sehr anspruchsvolles Projekt erscheinen. Die Fragen nach der Vereinbarkeit und der Finanzierbarkeit werden als wesentlich herausfordernder wahrgenommen als bei (zunächst) nur einem geplanten Kind. Eine Geburtenerhöhung über eine Zunahme von Familien mit drei oder mehr Kindern scheint ebenfalls aufgrund dieses Geschwisterleitbildes schwerer zu sein, besonders wenn bereits bei zwei Kindern beide Geschlechter vertreten sind. Allerdings könnte gerade der Wunsch nach einem Geschlechtermix die Zahl der Drittgeborenen beeinflussen, wenn dieser Mix bei zwei Kindern noch nicht erreicht ist. In diesem Zusammenhang könnte dann auch der Wunsch nach einem Stammhalter eine Rolle spielen und einen weiteren Kinderwunsch positiv beeinflussen. Gegen einen zu großen Einfluss des Wunsches nach einem Stammhalter spricht allerdings, dass gerade Eltern, die nur Mädchen haben, mit ihrer Situation überdurchschnittlich zufrieden sind und dass die Existenz eines Stammhalters generell als relativ unwichtig eingestuft wird.

Schließlich haben sich bei den von uns untersuchten sozialstrukturellen Merkmalen vor allem das Geschlecht, die Bildung, der Migrationshintergrund sowie Wohnort, d. h. ob in West- oder Ostdeutschland lebend, als herausragend für die Differenzierung zwischen den Vertretern der verschiedenen Geschwister-Leitbilder heraus-

gestellt. Daneben spielt die Erfahrung des Aufwachsens in der eigenen Herkunftsfamilie zusätzlich eine wichtige Rolle. Da aber der Großteil der jungen Deutschen, die sich jetzt im Familiengründungsalter befinden, selbst bereits in Zwei-Kind-Familien aufgewachsen sind, ist dies ein weiterer Faktor zur Festigung dieser Familienform in Deutschland.

## Literatur


Brockmann, Hilke (2011): Girls preferred? Changing preferences of sex patterns in the two german states. In: The Open Anthropology Journal 4: 60-65.

Diabaté, Sabine; Lück, Detlev (2014): Familienleitbilder – Identifikation und Wirkungsweise auf generatives Verhalten. In: Zeitschrift für Familienforschung 26,1: 49-70.

Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin; Dorbritz, Jürgen; Lux, Linda (2015): Familie XXL: Leitbild Kinderreichtum? In: Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 48. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich: 171-190.

Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin (2016): Gegen den Mainstream – Leitbilder zu Kinderlosigkeit und Kinderreichtum zur Erklärung der Abweichung von der Zweikindnorm. In: Zeitschrift für Familienforschung 28,3: 328-356.

Die Zeit (2011): Allein – und gemein. 11. Oktober 2011 In: ZEIT Wissen 2011,6 http://www.zeit.de/zeit-wissen/2011/06/Psychologie-Einzelkinder/seite-2. Abgerufen am 27.03.2017.

Dorbritz, Jürgen; Ruckdeschel, Kerstin (2015): Heirat, Haus, Kinder? Leitbilder der Familiengründung und der Familienerweiterung. In: Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin (Hrsg.): Familienleitbilder in Deutschland. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 48. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich: 133-154.

Dörfler, Sonja; Geserick, Christine; Kaindl, Markus (2013): Sind Einzelkinder anders?. In: Working Paper OIF Nr. 79. http://www.oif.ac.at/fileadmin/OEIF/Working_Paper/wp_79_einzelkinder.pdf.

European Value Survey (EVS): http://www.europeanvaluesstudy.eu/

Goldstein, Joshua R., Lutz; Wolfgang; Testa, Maria R. (2003): The emergence of sub-replacement family size ideals in Europe. In: Population Research and Policy Review 22, 5-6: 479-496.

Frejka, Tomas; Sobotka, Tomas; Hoem, Jan M.; Toulemon, Laurent (2008): Childbearing Trends and Policies in Europe. Special Collection 7. In: Demographic Research, Vol. 19. Rostock: MPIDR.

Hayford, Sarah R. (2009): The evolution of fertility expectations over the life course. In: Demography 46,4: 765-783.

Higginson, Michael T.; Aarssen, Lonnie W. (2011): Gender Bias in Offspring Preference: Sons Still a Higher Priority, But Only in Men — Women Prefer Daughters. In: Bentham Open. The Open Anthropology Journal 4: 60-65.

Hagewen, Kelly J.; Morgan, S. Philip (2005): Intended and ideal family size in the United States. In: Population and Development Review 31,3: 507-527.

Hank, Karsten; Kohler, Hans-Peter (2000): Gender Preferences for Children in Europe: Empirical Results from 17 FFS Countries. In: Demographic Research 2: 1-21.

Hank, Karsten; Kohler, Hans-Peter (2003): Sex Preferences for Children Revisited: New Evidence from Germany. In: Population - English Edition 58,1: 133-144.

Hank, Karsten; Andersson, Gunnar; Kohler, Hans-Peter (2008): Sohn oder Tochter, Natur oder Kultur? Geschlechterpräferenzen für Kinder im europäischen Vergleich. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.); Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS): Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Frankfurt am Main : Campus Verlag: 1671-1679.

Huinink, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Jefferies, Julie (2001): A reluctance to embrace the one-child family in Britain? Paper presented at EURESCO conference "The Second Demographic Transition in Europe," Bad Herrenalb, Germany, 23–28 June. Abgerufen am 27.03.2017. Available at: http://www.demogr.mpg.de/Papers/workshops/010623_paper05.pdf.

Junck, Sara; Lück, Detlev (2015): Die Älteren setzen den Standard. Untersuchung von Altersunterschieden in persönlichen Leitbildern als Ansatz zur Erklä-

rung von Diskrepanzen zwischen den vorherrschenden gesellschaftlichen und den vorherrschenden persönlichen Leitbildern in der Studie „Familienleitbilder“. http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Forschung/Projekte/Methodenpapier_die_Aelteren_setzen_den_Standard.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

Kasten, Hartmut (2007): Einzelkinder und ihre Familien. Göttingen: Hogrefe Verlag.

Kasten, Hartmut (2012): Entwicklung von Einzelkindern. In: Staatsinstitut für Frühpädagogik (IFP) (Hrsg.): Abgerufen am 27.03.2017 Online-Familienhandbuch http://www.familienhandbuch.de/familie-leben/familienformen/geschwister/entwicklungvoneinzelkindern.php

Lutz, Wolfgang; Skirbekk, Vegard; Testa, Maria R. (2006): The Low-Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. In: Vienna Yearbook of Population Research 2006: 167-192.

Lück, Detlev; Gründler, Sabine; Naderi, Robert; Dorbritz, Jürgen; Schiefer, Katrin; Ruckdeschel, Kerstin; Hiebl, Johannes; Wolfert, Sabine; Stadler, Manuela; Pupeter, Monika (2013): Familienleitbilder 2012. Methodenbericht zur Studie. BiB Daten- und Methodenberichte 2/2013. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Mancillas, Adriean (2006). Challenging the stereotypes about only children: A review of the literature and implications for practice. In: Journal of Counseling & Development 84,3: 268-275.

Régnier-Loilier, Arnaud (2006). Influence of own sibship size on the number of children desired at various times of life: The case of France. In: Population (English Edition) 61,3: 165-194.

Schneider, Norbert F.; Diabaté, Sabine und Ruckdeschel, Kerstin (Hrsg.) (2015): Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zur Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft, Band 48. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Sobotka Tomas; Beaujouan Éva (2014): Two is best? The persistence of a two-child family ideal in Europe. In: Population and Development Review 40,3: 391-419.

Statistisches Bundesamt (2015a): Jedes vierte minderjährige Kind ist ein Einzelkind. Pressemitteilung Nr. 343 vom 18.09.2015. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15_343_122.html. Abgerufen am 27.03.2017.

Statistisches Bundesamt (2015b): Haushalte und Familien – Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 3.

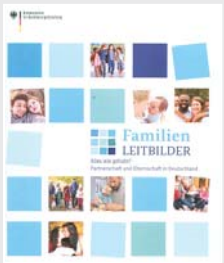
Süddeutsche Zeitung (2010): Bekenntnis zum Mann. Namenswahl nach der Heirat. http://www.sueddeutsche.de/leben/namenswahl-nach-der-heirat-bekenntnis-zum-mann-1.79245, 17. Mai 2010. Abgerufen am 27.03.2017.

Wolfert, Sabine; Stadler, Manuela; Schneekloth, Ulrich; Diabaté, Sabine; Lück, Detlev; Naderi, Robert; Dorbritz, Jürgen; Schiefer, Katrin; Ruckdeschel, Kerstin; Bujard, Martin; Schneider, Norbert F. (2017): Familienleitbilder 2016, Methodenbericht zur 2. Welle. BiB Daten- und Methodenberichte 1/2017, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

## Neue Broschüre zum Thema

***Diabaté, Sabine; Ruckdeschel, Kerstin; Bujard, Martin, Dorbritz, Jürgen; Lück, Detlev; Naderi, Robert; Schiefer, Katrin; Schneider, Norbert F. (2017):***

**Familienleitbilder. Alles wie gehabt? – Partnerschaft und Elternschaft in Deutschland. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung**




Mehr aktuelle Ergebnisse zum Thema Leitbildforschung am BiB bietet die aktuelle Broschüre „Familienleitbilder: Alles wie gehabt? Partnerschaft und Elternschaft in Deutschland.“ Darin werden zentrale Ergebnisse einer Wiederholungsbefragung über Familienleitbilder in Deutschland präsentiert.

Dabei wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Familienleitbilder der Menschen im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 verändert haben oder ob sie stabil geblieben sind.

Die Broschüre kann unter www.bib-demografie.de heruntergeladen werden.

Yvonne Eich (BiB); Caroline Vestweber*; Magdalena Schlenk**

# Umfrage zur Demografiepolitik der Bundesregierung – Zusammenfassung der Ergebnisse

**Auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder fand vom 22. Februar bis zum 14. März 2017 erstmalig eine Online-Umfrage zur Demografiepolitik der Bundesregierung statt. Insgesamt 542 Personen beteiligten sich im dreiwöchigen Umfragezeitraum. Den Rahmen der Umfrage bildete die am 1. Februar veröffentlichte demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode (BMI 2017). Ziel war es, Interessierten im Vorfeld des Demografiegipfels am 16. März in Berlin eine Möglichkeit zu bieten, ihre Meinung zu den 13 Handlungsfeldern der Bilanz und den umgesetzten Maßnahmen der Bundesregierung zu äußern. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, Erwartungen an die Demografiepolitik in der nächsten Legislaturperiode zu nennen. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Bereiche Bildung, soziale Sicherung im Alter und Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtigste Handlungsfelder gesehen werden. Starken Handlungsbedarf für die Bundesregierung konstatieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen.**

Den Auftakt für die Umfrage bildete ein Interview mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière auf dem Demografieportal (Demografieportal 2017) zu den Fortschritten in der Demografiepolitik. Darin bekundete de Maizière als Gastgeber des Demografiegipfels sein Interesse an guten Ideen. Denn: Auch Vorschläge und Meinungen interessierter Bürgerinnen und Bürger sollten seiner Meinung nach Eingang in die demografiepolitische Diskussion finden. Die Umfrage zur Demografiepolitik ist Teil des Dialogprozesses zur Demografiestrategie der Bundesregierung[1], der auf dem Demografieportal seit dem ersten Demografiegipfel im Oktober 2012 mit Online-Dialogen begleitet wird. Die Ergebnisse der Umfrage sind nicht repräsentativ, bieten aber ein Stimmungsbild der am Thema interessierten Personen.

## Die Umfrage im Überblick

Die Umfrage enthielt folgende Fragen:

1a) Welches der in der demografiepolitischen Bilanz der Bundesregierung dargestellten Handlungsfelder ist Ihnen am wichtigsten?

1b) Aus welchen Gründen ist Ihnen dieses Handlungsfeld beziehungsweise sind Ihnen diese Handlungsfelder besonders wichtig?

2) Welche demografiepolitische Maßnahme der Bundesregierung ist aus Ihrer Sicht besonders erfolgreich?

3) Worauf sollte die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode ihren demografiepolitischen Schwerpunkt legen?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer[2] konnten zunächst bei Frage 1a unter den 13 Handlungsfeldern eines oder mehrere auswählen. Nur diese Frage war eine Pflichtfrage. Im Anschluss konnten optional die offenen Fragen 1b, 2 und 3 im Freitext beantwortet werden. Die Konzipierung als offene Fragen ermöglichte ein vielfältiges Meinungsspektrum. Die Antworten zu den offenen Fragen wurden vor der Freischaltung durch die Redaktion des Demografieportals auf die Einhaltung von Kommunikationsregeln[3] geprüft. So wurden beispielsweise Antworten mit rassistischen oder beleidigenden Inhalten gesperrt.

Die Beteiligung an der Umfrage war anonym und ohne Registrierung möglich, um ein niedrigschwelliges Beteiligungsangebot zu schaffen. Nach der Teilnahme wurde der jeweiligen Person sofort das bisherige Umfrageergebnis angezeigt. Eine Mehrfachteilnahme konnte nicht ausgeschlossen werden.

### *Wie wurde die Umfrage verbreitet?*

Auf die Umfrage wurden Multiplikatoren aus Bund, Ländern und Kommunen sowie die demografiepolitisch interessierte breite Öffentlichkeit über verschiedene Kanäle aufmerksam gemacht. Über den Newsletter des Demografieportals wurden zum Start der Umfrage am 22. Februar knapp 880 Abonnenten informiert. Darüber hinaus wurden die auf dem Demografieportal gelisteten[4] 16

* Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
**Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

1 Mehr zum ebenenübergreifenden Dialogprozess zur Demografiestrategie der Bundesregierung unter http://www.demografie-portal.de/Dialogprozess.

2 Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, wird im Folgenden von Teilnehmern gesprochen. Es sind aber immer beide Geschlechter gemeint.

3 http://www.demografie-portal.de/DE/Mitreden/regeln_node.html

4 http://www.demografie-portal.de/DE/Bundesland/Uebersicht/uebersicht_node.html

demografiepolitischen Ansprechpartner der Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag per E-Mail angeschrieben und um Verbreitung gebeten. Das Bundesministerium des Innern informierte als koordinierendes Ressort für die Demografiepolitik der Bundesregierung die anderen Ressorts. Über die Website des Innenministeriums[5] und die Themenseite der Bundesregierung zur Demografiestrategie[6] konnte die Umfrage zusätzlich erreicht werden. Auch die sozialen Medien wurden zur Verbreitung genutzt. Das Social-Media-Team des Bundesinnenministeriums (@BMI_Bund) postete einen Beitrag auf Twitter, der wiederum von anderen Twitter-Nutzern geteilt wurde.[7]

### Beteiligung

Insgesamt haben 542 Personen an der Umfrage teilgenommen, was der Beantwortung der Pflichtfrage 1a entspricht. Bei den offenen und optionalen Fragen wurden insgesamt 307 Antworten zu Frage 1b, 296 Antworten zu Frage 2 sowie 363 Antworten zu Frage 3 freigeschaltet sowie insgesamt 93 Antworten gesperrt.

### Demografiepolitische Bilanz

Die demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung vom 1. Februar 2017 knüpft an die im Jahr 2015 weiterentwickelte Demografiestrategie und die dort definierten Ziele an: die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstumspotenzials, die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie die Gewährleistung solider Finanzen für die Handlungsfähigkeit des Staates und verlässlicher sozialer Sicherungssysteme. Neben der demografischen Entwicklung in Deutschland wird auch der Handlungsrahmen der Bundesregierung in der Demografiepolitik dargestellt. Darauf folgt die Bilanz in Form der wichtigsten bundespolitischen Maßnahmen in 13 ausgewählten Handlungsfeldern.

### Daten und Methoden

Die geschlossene Frage wurde quantitativ ausgewertet. Darüber hinaus wurden für den vorliegenden Artikel alle 966 freigeschalteten Antworten zu den offenen Fragen gesichtet und kategorisiert. Nach der Zuordnung zu den 13 Oberkategorien – den 13 Handlungsfeldern der demografiepolitischen Bilanz – wurden anhand der Inhalte der Antworten Subkategorien gebildet. Unter den Subkategorien wurden inhaltlich ähnliche Antworten weiter zusammengefasst und sowohl in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) als auch quantitativ ausgewertet. In vielen Antworten wurden mehrere Handlungsfelder genannt. Diese wurden dann jeweils den einzelnen Handlungsfeldern zugeordnet und auch einzeln gezählt (Nennungen). Daher übersteigt die Anzahl der Nennungen die Anzahl der insgesamt abgegebenen Antworten. Der vorliegende Beitrag kann nur einen Einblick in die vielfältigen Antworten liefern.[8] Die detaillierte Interpretation beschränkt sich daher bei den Fragen 1b, 2 und 3 auf die drei bis vier am stärksten kommentierten Handlungsfelder und Maßnahmen, wobei der Schwerpunkt auf der Analyse der Fragen 1b und 3 liegt. Darüber hinaus wurden beispielhaft Antworten mit Bezug zur Demografiepolitik hervorgehoben.

### Auswertung der Umfrageergebnisse

#### *Wichtigste Handlungsfelder: Bildung, soziale Sicherung im Alter und Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

*Welches der in der demografiepolitischen Bilanz der Bundesregierung dargestellten Handlungsfelder ist Ihnen am wichtigsten?* – Bildung wird von 59 Prozent der Teilnehmer als wichtigstes Handlungsfeld der Demografiepolitik gesehen, gefolgt von der sozialen Sicherung im Alter (44 Prozent) und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (43 Prozent). Mehr als ein Drittel der Umfrageteilnehmer sehen die Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen als wichtigstes Handlungsfeld. An fünfter Stelle wird der

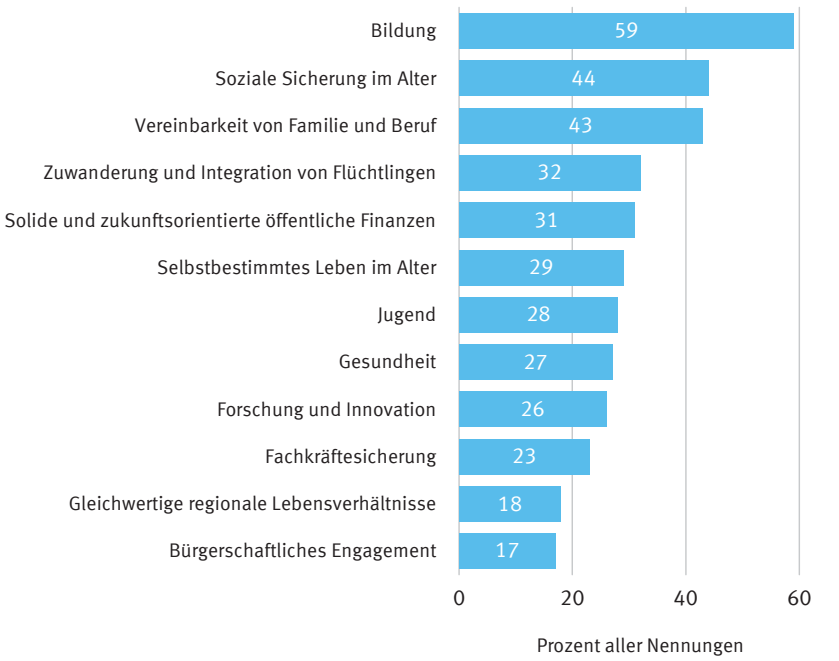
[5] http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2017/02/umfrage-demografiepolitik.html

[6] http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Meldungen/2017/02/2017-02-22-umfrage-demografiepoltik.html

[7] Es gab eine weitere Verbreitung der Umfrage im Netz. Sie wurde nicht im Detail verfolgt und dokumentiert. Deshalb beschränkt sich die Nennung hier auf die Aktivitäten der Akteure Demografieportal, Bundesministerium des Innern und Bundesregierung.

[8] Alle Antworten der Umfrage sind dauerhaft unter www.demografie-portal.de/Umfrage-Demografiepolitik-2017 abrufbar.

Abb. 1: Wichtigste Handlungsfelder nach Anteilen (N=542; Mehrfachantworten möglich)




Datenquelle: Demografieportal des Bundes und der Länder

© BiB 2017

Politikbereich der soliden und zukunftsorientierten öffentlichen Finanzen (31 Prozent) genannt. Für am wenigsten relevant erachten die Teilnehmer die gleichwertigen regionalen Lebensverhältnisse (18 Prozent) und das bürgerschaftliche Engagement (17 Prozent).

### *Handlungsfelder Bildung, Zuwanderung und Vereinbarkeit am häufigsten erläutert*

*Aus welchen Gründen ist Ihnen dieses Handlungsfeld beziehungsweise sind Ihnen diese Handlungsfelder besonders wichtig?* – In den Antworten nannten die Teilnehmer häufig Gründe für die Relevanz mehrerer Handlungsfelder. Deswegen übersteigt die Anzahl der 540 Nennungen von Gründen (siehe Tabelle 1a und Tabelle 1b im Anhang ) die Zahl der insgesamt 307 Antworten zu dieser Frage.

Am häufigsten wurden die Handlungsfelder Bildung, Zuwanderung und Integration sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf begründet. Darauf folgte an vierter Stelle die soziale Sicherung im Alter sowie an fünfter Stelle die Sicherung der Pflege. In einigen Antworten zeigte sich, dass die Teilnehmer eine enge Verbindung der Themen sehen oder alle Handlungsfelder als wichtig einstufen.

- Bildung elementar für die positive Weiterentwicklung der Gesellschaft

Für Bildung als wichtigstes Handlungsfeld der Demografiepolitik spricht laut der Umfrageteilnehmer insbesondere der Wert von Bildung als Grundlage für eine starke und zukunftsfähige Gesellschaft. Ohne Bildung keine Zukunft. Dies wurde am häufigsten betont. Bildung, auch im Sinne von guter Erziehung, führe zu einem besseren gesellschaftlichen Miteinander und mehr Toleranz. Von Bildung wird sich in diesem Sinne auch die selbstbestimmte Lebensführung der Erwachsenen von morgen versprochen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen.

**„Gut gebildete junge Menschen kommen automatisch besser im Leben zurecht, brauchen weniger Unterstützung vom Staat und sind in der Lage, die Gesellschaft selbst zum Positiven zu bewegen. “ 24.02.2017 um 14:14 Uhr.**

Bildung wird außerdem als wichtig für den Zugang zum Arbeitsmarkt gesehen. In den Antworten wird nicht nur auf die Bedeutung der Bildung für den Einzelnen hingewiesen, sondern ihr auch ein hoher Stellenwert für die wirtschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstands zugewiesen.

- Reform des Schulsystems notwendig

Vereinzelt wurde Kritik am derzeitigen Zustand des Bildungssystems geäußert und auf Beispiele wie marode Schulen oder die Ungleichheit von Schulabschlüssen im föderalen System hingewiesen. Darüber hinaus wurde eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte gefordert, eine Reform des Schulsystems und der Erhalt von Schulen im ländlichen Raum thematisiert.

**„Das Schulsystem ist immer noch aus dem 19. Jahrhundert. Auch öffentliche Schulen müssen endlich bereits seit Jahrzehnten bekannte und bestätigte wissenschaftliche Erkenntnisse über das Lernen umsetzen, Lehrkräfte weniger fachlich und mehr pädagogisch/didaktisch geschult werden.“ 23.02.2017 um 16:21 Uhr.**

**Tab. 1a: Aus welchen Gründen ist Ihnen dieses Handlungsfeld beziehungsweise sind Ihnen diese Handlungsfelder besonders wichtig? – Subkategorien der Antworten für die 6 am häufigsten genannten Handlungsfelder[9]**

| Handlungsfeld (Anzahl Nennungen) | Subkategorien zu Frage 1b (Anzahl Nennungen) |
|---|---|
| Bildung (102) | • Grundlage für eine starke Gesellschaft und wichtig für die Zukunft (36)<br>• bedarf politischer Reformen (23)<br>• sichert Zugang zum Arbeitsmarkt und ein Leben in Unabhängigkeit (17)<br>• wichtig für wirtschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung des gesellschaftlichen Wohlstandes (17)<br>• mehr Investitionen in Bildung, da „Humankapital“ Deutschlands wichtigste Ressource (6)<br>• bedeutet lebenslanges Lernen (3) |
| Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen (82) | • Zuwanderung begrenzen und Flüchtlingspolitik überdenken (24)<br>• braucht klare Regelungen im Sinne einer verbindlichen Zuwanderungspolitik (14)<br>• Integration von Flüchtlingen und Migranten braucht ausreichende Ressourcen und ist wichtig für gesellschaftlichen Zusammenhalt (10)<br>• löst demografische Probleme (9)<br>• wichtig für die Fachkräftesicherung (8)<br>• Aufnahme von Flüchtlingen ist humanitäre Pflicht (7)<br>• kulturell und wirtschaftlich eine Bereicherung für Deutschland (5)<br>• keine Abschiebung integrierter und arbeitswilliger Flüchtlinge (5) |
| Vereinbarkeit von Familie und Beruf (63) | • Chancengleichheit für Frauen und geschlechtergerechte Arbeitsteilung von Mann und Frau (16)<br>• muss durch finanzielle Förderung hergestellt werden (12)<br>• notwendig, damit mehr Kinder geboren werden (11)<br>• Handlungsbedarf: Ausbau der Kinderbetreuung (9)<br>• stärkt Familien als wichtige Stütze im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen, z. B. Pflege von Angehörigen (7)<br>• löst Fachkräftemangel (4)<br>• Verwirklichung im Beruf und Familienleben (4) |
| Soziale Sicherung im Alter (56) | • Altersarmut muss verhindert werden (16)<br>• Wunsch nach gutem und finanziell abgesichertem Leben im Alter mit angemessener Rente (11)<br>• soziale Ungleichheit sorgt für gesellschaftliche Spannungen (8)<br>• wird immer wichtiger aufgrund des demografischen Wandels (mehr Ältere, steigende Lebenserwartung) (7)<br>• Rentensystem ist nicht zukunftsfähig und generationengerecht (6)<br>• Handlungsbedarf: Gleichstellung von Pensionen und Renten, Einzahlpflicht für alle, keine Besteuerung von Betriebsrenten (5)<br>• Frauen besonders von Altersarmut betroffen (3) |
| Sicherung der Pflege (43) | • zukünftig gibt es mehr Pflegebedürftige (13)<br>• mehr Pflegekräfte benötigt (8)<br>• aktuelle Missstände in der Pflege (7)<br>• Handlungsbedarf: mehr Unterstützung insbesondere der ländlichen Kommunen, bessere Infrastruktur schaffen „ambulant vor stationär“, nachbarschaftliches Miteinander fördern (6)<br>• Pflege betrifft alle (5)<br>• gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt von Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Politik ab (2)<br>• persönliche Motive (2) |
| Jugend (32) | • ist die Zukunft (16)<br>• muss gestärkt werden, denn dies sichert das Bestehen des Wohlfahrtstaates und der Demokratie (8)<br>• Jugendliche müssen mit den Folgen heutiger Entscheidungen leben und daher mehr berücksichtigt werden z. B. von der Politik (7)<br>• gute Lebensbedingungen im ländlichen Raum für Jugendliche (1) |

[9] Die Subkategorien für die übrigen sieben Handlungsfelder sind im Anhang in Tabelle 1b dargestellt.

- Kritik an Flüchtlingspolitik, aber auch Forderung nach Integration von Flüchtlingen

Die zweithäufigsten Antworten der Teilnehmer bezogen sich auf das Handlungsfeld Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen. Befürchtungen vor den Auswirkungen der hohen Zuwanderung wurden in vielen Antworten deutlich.[10]

**„Beobachtet wird ein Wandel der Gesellschaft hin zu einer Überfremdung im eigenen Land sowie der Verlust der gesellschaftlichen Werte, Kultur und Tradition. Des Weiteren werden sinkende Löhne am Rande des Mindestlohns sowie eine steigende Zahl der Sozialhilfeempfänger (welche nicht in die Sozialversicherungen einbezahlt haben) befürchtet." 14.03.2017 um 19:34 Uhr.**

Es gab aber auch zahlreiche Vorschläge, die Zuwanderung als Chance sehen, zum einen für die Lösung demografischer Probleme, zum anderen für die Fachkräftesicherung beispielsweise in der Pflege. So wird eine Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge – unabhängig vom Status ihres Asylvorhabens – vorgeschlagen.

**„Die Bundesregierung sollte umgehend aufhören, Integration zu behindern, indem sie gut integrierte Flüchtlinge bzw. solche, die sich darum bemühen, abschiebt und die Arbeit aller, die für eine gelungene Integration arbeiten, ständig torpediert und zunichte macht." 01.03.2017 um 12:13 Uhr.**

- Forderung nach klaren Regelungen bei der Zuwanderung

Deutlich wurde in den Antworten der Wunsch nach einer verbindlichen Zuwanderungspolitik, auch um Missbrauch durch Wirtschaftsflüchtlinge zu verhindern. Häufig wird auf Kanada als Vorbild bei der Einwanderungspolitik mit seinen „klaren Aufnahmekriterien und -anforderungen" verwiesen.

**„Klare Regeln und eine klare Umsetzung der Zuwanderung ist aber gerade aufgrund der großen Ressentiments einiger Bevölkerungsgruppen und auch zum Wohl der Migranten sehr wichtig. Sie sollen wissen, wo sie bei uns dran sind." 22.02.2017 um 08:17 Uhr.**

Mit Blick auf die hohen Zuwanderungszahlen wird ferner auf die wichtige Rolle von Integration hingewiesen. Integration meint hier neben ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen auch das Übertragen von Verantwortung an Zuwanderer. Dies ist laut den Umfrageteilnehmern wichtig für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch finanzielle Förderung

Unter allen 13 Handlungsfeldern wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von den Teilnehmern am dritthäufigsten begründet. Die Antworten bezogen sich in den meisten Fällen auf die finanzielle Unterstützung von Familien.

**„Familien müssen gefördert werden, es muss wieder möglich sein, mit einem Einkommen eine Familie eine Zeitlang zu ernähren. Es gibt kaum Sicherheiten für junge Menschen, sie taumeln von einem ins nächste befristete Arbeitsverhältnis, die Gründung von Familien wird somit erschwert." 23.02.2017 um 16:30 Uhr.**

- Mehr Kinder durch bessere Vereinbarkeit

Viele Teilnehmer sind der Meinung, dass eine Verbesserung der Vereinbarkeit dazu führt, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Es erleichtere womöglich eine zukunftssichere Familienplanung. Auf die Dauer könnte es dazu führen, dass Paare sich wieder eher und für mehr Kinder entscheiden.

Darüber hinaus wird in der Vereinbarkeit ein guter Weg gesehen, die geschlechtergerechte Arbeitsteilung von Mann und Frau zu verwirklichen und gleichzeitig die Chancengleichheit für Frauen im Beruf zu erhöhen.

- Familien stärken bedeutet, gesellschaftliche Probleme zu lösen

Vereinbarkeit ist laut den Teilnehmern auch ein wichtiges Handlungsfeld, da sie zur Stärkung der Familien beiträgt, die wiederum viele zentrale Aufgaben in der Gesellschaft übernehmen.

[10] Viele Kommentare aus dieser Richtung und mit der Warnung vor dem „großen Austausch" sind mit einem Aufruf der „Identitären Bewegung" auf Facebook am 14. März 2017 zu erklären. Die Identitäre Bewegung geht von einer „geschlossenen europäischen Kultur" aus, deren „Identität" vor allem von einer „Islamisierung" bedroht sei. Sie ist in Deutschland seit Ende 2012 aktiv, gehört zur „Neuen Rechten" und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/241438/die-identitaeren-mehr-als-nur-ein-internet-phaenomen)

**„Ich glaube daran, dass durch gute Familienstrukturen viele Probleme der Gesellschaft von alleine gelöst werden. Demografie, Fachkräfte, Integration, Pflege um nur weniges zu nennen. Auch Soziale Sicherung im Alter kann und wird von Familien übernommen.“ 02.03.2017 um 11:59 Uhr.**

Es wird aber auch politischer Handlungsbedarf identifiziert, unter anderem bei der Kinderbetreuung und der zeitgemäßen Unterstützung verschiedener Familienmodelle.

### *Welche demografiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sind besonders erfolgreich?*

Folgende fünf Handlungsfelder haben laut den Teilnehmern am häufigsten Erfolge erzielt:

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (58 Nennungen)
2. Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen (23 Nennungen)
3. Sicherung der Pflege (21 Nennungen)
4. Solide und zukunftsorientierte öffentliche Finanzen (19 Nennungen)
5. Soziale Sicherung im Alter (14 Nennungen)

Innerhalb der insgesamt 296 Antworten zu Frage 2 konnten sich 108 Fälle auf keine erfolgreiche Maßnahme festgelegen. 188 Antworten bezogen sich auf erfolgreich wahrgenommene Handlungsfelder und Vorhaben der Demografiepolitik.

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Elterngeld erfolgreich

In diesem Handlungsfeld sehen die Teilnehmer die größten Erfolge. Konkret nannten die Teilnehmer vor allem Maßnahmen, die zur Stärkung und Unterstützung von Familien beitragen. Dazu zählen zum Beispiel der Kita-Ausbau, die Elternzeit und das Elterngeld sowie flexible Arbeitszeitmodelle.

Das Elterngeld wurde oft von den Teilnehmern als konkrete erfolgreiche demografiepolitische Maßnahme genannt.

**„Elterngeld. Viele meiner Freundinnen bekommen nur Kinder, weil sie wissen, dass sie ein Jahr lang abgesichert sind …“ 27.02.2017 um 15:39 Uhr.**

- Maßnahmen im Handlungsfeld „Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen“ auf gutem Weg

Viele sehen in der Zuwanderung der letzten Jahre vor allem eine Chance für den deutschen Arbeitsmarkt. Andere betonen, dass die Zuwanderung dem demografischen Wandel entgegenwirken wird.

**„Flüchtlingsaufnahme (mehr oder weniger freiwillig): Hier wurde aus humanitären Gesichtspunkten gehandelt bei der Aufnahme von Flüchtlingen, aber dies sollte durchaus dem demographischen Wandel ein wenig entgegen wirken.“ 03.03.2017 um 11:28 Uhr.**

- Pflegestärkungsgesetze als Erfolg gewertet

In dem Handlungsfeld „Sicherung der Pflege“ wurden am häufigsten die Pflegestärkungsgesetze als erfolgreiche demografiepolitische Maßnahme betont.

**„Die neuen Pflegestärkungsgesetze weisen einen wichtigen Weg in der Stärkung und Unterstützung der häuslichen Pflege auf. Die Unterstützung der Kommunen in Pflegefragen vor Ort sehe ich als Chance in präventiver Infrastrukturplanung in Sachen Pflege.“ 02.03.2017 um 17:23 Uhr.**

- Schuldenabbau ist richtiger Weg

Als ebenfalls erfolgreich bewerteten die Teilnehmer Maßnahmen im Bereich „Solide und zukunftsorientierte öffentliche Finanzen“.

**„Die solide Finanzpolitik und ein Ende der Schuldenspirale ist besonders hervorzuheben.“ 23.02.2017 um 11:18 Uhr.**

### *Worauf sollte die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode ihren demografiepolitischen Schwerpunkt legen?*

Zu dieser Frage haben die Teilnehmer zahlreiche unterschiedliche, teils mit sehr konkreten Forderungen verbundene Vorschläge zusammengetragen (siehe Tabelle 2a und Tabelle 2b im Anhang). Als Top 5 der wichtigsten Handlungsfelder für die nächste Legislaturperiode sehen die Umfrageteilnehmer folgende:

1. Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen (116 Nennungen)
2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (105 Nennungen)

**Tab. 2a: Worauf sollte die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode ihren demografiepolitischen Schwerpunkt legen? – Subkategorien mit Antwortbeispielen für die fünf am häufigsten genannten Handlungsfelder[11]**

| Handlungsfeld (Anzahl Nennungen) | Subkategorien zu Frage 3 mit Antwortbeispielen (Anzahl Nennungen) |
|---|---|
| Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen (116) | • Zuwanderung begrenzen und kontrollieren: strengerer Umgang mit Wirtschaftsflüchtlingen, Obergrenze für Flüchtlinge, Abschiebungen (63)<br>• Integration von Migranten und Flüchtlingen allgemein (21)<br>• Flüchtlings- und Migrationspolitik: Bekämpfung der Fluchtursachen, Einwanderungsgesetz (14)<br>• Integration durch Bildung und Eintritt in den Arbeitsmarkt : Pflegepersonal ausbilden, Anerkennung ausländischer Leistungen (13)<br>• Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen allgemein (5) |
| Vereinbarkeit von Familie und Beruf (105) | • Stärkung und Förderung von Familien: Familienwahlrecht, Zeitpolitik, Wohnungsbauprogramme (29)<br>• Steuerliche und finanzielle Unterstützung von Familien: Familiensplitting, höherer Kinderfreibetrag, Begünstigung von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien (21)<br>• Unterstützung von Familiengründung: Anreize für mehr Geburten, Fokus auf deutsche Familien, Kinderprämien, Imagekampagnen für mehr Nachwuchs (21)<br>• Kinderbetreuung: kostenlose Kitas, Risiken in der U3-Fremdbetreuung benennen, 10-Stunden-Anspruch für Krippen- und Kindergartenkinder (11)<br>• Vereinbarkeit von Familie und Beruf allgemein (11)<br>• Arbeitsbedingungen: flexible Arbeitszeiten, Arbeitsplatzsicherheit (7)<br>• Chancengleichheit: gleiche Bezahlung für Frauen und Männer, Vereinbarkeit für Akademikerinnen (5) |
| Bildung (86) | • Bildung allgemein (43)<br>• Schule: kleinere Klassen, längere Zeiten im Schulsystem, bessere Ausstattung der Schulen (17)<br>• Lebenslanges Lernen (8)<br>• Bildungssystem: neue Lernmodelle, digitale Bildung, Föderalismus prüfen (4)<br>• Bildungsgerechtigkeit: Bildung unabhängig vom wirtschaftlichen Hintergrund (3)<br>• Investitionen in Bildung und Bildungsinfrastruktur (3)<br>• Ausbildung: duale Ausbildung in der Fläche sichern (3)<br>• Fokus auf Bildung in Krippe und Grundschulen (3)<br>• Außerschulische Bildung fördern: Jugendarbeit, Verbandsarbeit (2) |
| Soziale Sicherung im Alter (55) | • Rentensystem: umfassende Rentenreformen, Einbeziehung aller in Kranken- und Rentenversicherung, Rentenleistungen nur beitragsfinanziert (14)<br>• Höhe der Rente: Sicherung und/oder Anhebung des Rentenniveaus, stärkere Berücksichtigung von Kindererziehung und Pflegeleistungen (11)<br>• Renteneintritt: Flexibilisierung des Ruhestandeintritts, höheres Renteneintrittsalter, Renteneintrittsalter an Lebenserwartung koppeln (10)<br>• Soziale Sicherung im Alter (8)<br>• Altersarmut: Absicherung von Frauen, gesetzliche Förderung von Altersvorsorgeprodukten (6)<br>• längeres Arbeiten: alterssensible Personalentwicklung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Arbeiten im Ruhestand fördern (6) |
| Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse (33) | • Regionale Daseinsvorsorge: dezentrale Bildungs- und Arbeitsmodelle, sozialer Wohnungsbau, Digitalisierung, Infrastrukturfolgekosten beachten (16)<br>• Stärkung der Kommunen und Menschen vor Ort: Mittel für Kommunen und Vereine, partizipative Gemeinwesenarbeit (8)<br>• Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse allgemein (3)<br>• Ländliche Regionen und kleinere Gemeinden: Attraktivität als Wohnort (6) |

[11] Die Subkategorien für die übrigen sieben Handlungsfelder sind im Anhang in Tabelle 2b dargestellt.

3. Bildung (86 Nennungen)
4. Soziale Sicherung im Alter (55 Nennungen)
5. Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse (33 Nennungen)

Oft wurden mehrere Themen benannt, die die Bundesregierung in ihrer zukünftigen Demografiepolitik schwerpunktmäßig behandeln sollte. Einige Antworten nahmen zudem direkt Bezug darauf, dass alle Themen wichtig sind oder miteinander zusammenhängen und daher keine Schwerpunktbildungen möglich sind.

- Umgang mit Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen zentral für die Zukunft

Die meisten Antworten zur Frage nach dem demografiepolitischen Schwerpunkt bezogen sich auf dieses Themenfeld und forderten die Bundesregierung auf, sich in der nächsten Legislaturperiode schwerpunktmäßig damit zu beschäftigen. Besonders oft wurde der Wunsch geäußert, die Zuwanderung zu begrenzen und zu kontrollieren[12], beispielsweise durch einen strengeren Umgang mit Wirtschaftsflüchtlingen oder vermehrte Abschiebungen. Aber auch das Thema Integration wird als wichtiges Zukunftsthema gesehen, sowohl durch allgemein verstärkte Maßnahmen als auch konkret durch Bildung und Eintritt in den Arbeitsmarkt.

**„Sie sollte ihren Schwerpunkt auf die Zuwanderung und Integration von geflüchteten Menschen setzen. Gerade in Bezug auf ihre Vorkenntnisse und beruflichen Erfahrungen sollte es ihnen ermöglicht werden auch hier in Deutschland ihre erlernten Berufe ausüben zu können. […]“ 13.03.2017 um 19:50 Uhr.**

Eine weitere mehrfach erwähnte Forderung ist die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes:

**„Ein Einwanderungsgesetz ist notwendig. Das Asylrecht als einzige Möglichkeit der Zuwanderung (wenn man nicht gerade einen Doktortitel oder ähnliches hat) führt zu riesigen Problemen, wird aber den Migrationsdruck nicht vermindern. [….]“ 02.03.2017 um 11:01 Uhr.**

[12] Wie bereits weiter oben erwähnt, kann diese Häufung auch mit dem Aufruf der zur „Neuen Rechten“ gehörenden Gruppe „Identitäre Bewegung“ am 14. März 2017 auf Facebook erklärt werden. 28 von insgesamt 63 Nennungen in dieser Subkategorie sind am 14. März erfolgt.

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern

Obwohl die Teilnehmer die Maßnahmen zur Vereinbarkeit bei Frage 2 als erfolgreich bewerten, wird für diesen Bereich auch Handlungsbedarf für die Zukunft gesehen. Die politische Stärkung und Förderung von Familien wurde dabei am häufigsten genannt. Konkrete Vorschläge beziehen sich hier zum Beispiel auf die Einführung eines Familienwahlrechts. Zwei weitere gleich stark besprochene Themen für die Zukunft in diesem Handlungsfeld waren die steuerliche und finanzielle Unterstützung von Familien zum Beispiel durch Familiensplitting und die Unterstützung von Familiengründungen etwa durch Imagekampagnen für mehr Nachwuchs nach dem Vorbild Dänemarks.

**„Steuerrecht endlich ändern!!!! Ehegattensplitting abschaffen, Familienbonus unabhängig vom Trauschein, Alleinerziehende endlich steuerlich fair begünstigen […].“ 24.02.2017 um 09:05 Uhr.**

- Um Schulen und lebenslanges Lernen sollte sich die Bundesregierung verstärkt kümmern

An dritter Stelle sehen die Teilnehmer Handlungsbedarf in der Bildung. Mehr als die Hälfte der Nennungen beziehen sich auf die Förderung der Bildung im allgemeinen Sinne. Bei den Antworten, die spezifische Themen benennen, wird insbesondere das Thema Schule als Bereich mit großem Handlungsbedarf benannt. Dabei geht es um die bessere Ausstattung von Schulen (Gebäude etc.), aber auch um mehr und bessere Lehrer oder längere Zeiten im Schulsystem. Als nächster größerer Bereich wird das lebenslange Lernen gesehen.

## Fazit und Ausblick

Das erstmals auf dem Demografieportal umgesetzte Beteiligungsformat der Umfrage war im Vergleich zu vorherigen Beteiligungsformaten auf dem Demografieportal in Form von Online-Dialogen sehr erfolgreich. In nur drei Wochen beteiligten sich 542 Personen. Einen entscheidenden Beitrag scheint hier die Niederschwelligkeit des Angebotes geleistet zu haben. Bei den bisherigen Online-Dialogen war eine Registrierung für die Teilnahme verpflichtend, möglicherweise eine Hürde für eine Beteiligung. Bei der zukünftigen Ausgestaltung von Online-Beteiligungsformaten auf dem Demografieportal sollte dies in Betracht gezogen werden.

Mit Blick auf die Zukunft der Demografiepolitik empfehlen die Teilnehmer der Bundesregierung am häufigsten den Schwerpunkt auf die Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen zu legen, darauf folgen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bildung als wichtige Zukunftsthemen. Die angegeben Gründe sind vielfältig. In den Antworten wird zudem deutlich, dass viele Teilnehmer gleich mehrere Handlungsfelder als wichtig erachten und so ähnlich wie die Bundesregierung ein umfassendes Verständnis von Demografiepolitik haben.

## Literaturverzeichnis

BMI (Bundesministerium des Innern) 2017: Jedes Alter zählt – „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“: Eine demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode, Berlin, abrufbar unter: https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/BerichteKonzepte/Bund/Demografiepolitische-Bilanz-2017.html (8.04.2017)

Demografieportal 2017: Dr. Thomas de Maizière: „Demografiepolitik stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt“ In: https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Blog/DE/170222-Interview-Bundesinnenminister-de-Maiziere-Demografiepolitik.html (08.04.2017)

Mayring, Philipp 2015: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, überarbeitete 12. Auflage. Weinheim und Basel: Beltz

### Weitere Links zum Thema

Ergebnis der Umfrage zur Demografiepolitik der Bundesregierung:
https://www.demografie-portal.de/Umfrage

## Anhang Tabelle 1b

**Tab. 1b: Aus welchen Gründen ist Ihnen dieses Handlungsfeld beziehungsweise sind Ihnen diese Handlungsfelder besonders wichtig? – Subkategorien der Antworten für die Handlungsfelder 7 bis 13 (nach Häufigkeit)**

| Handlungsfeld (Anzahl Nennungen) | Subkategorien zu Frage 1b (Anzahl Nennungen) |
|---|---|
| Solide und zukunftsorientierte öffentliche Finanzen (29) | • wichtig für Zukunft und Generationengerechtigkeit (11)<br>• wichtig für Gesellschaft, Demokratie, Wohlstand und Souveränität des Staates (10)<br>• Handlungsbedarf: bessere Kontrolle der Ausgaben, Anzahl der Bundesländer reduzieren, keine Neuverschuldung, langfristige und nachhaltige Planung, attraktive Vergütung im öffentlichen Dienst (8) |
| Fachkräftesicherung (28) | • wichtig für Zukunft, damit Deutschland wirtschaftlich stark bleibt (16)<br>• besonders im Handwerk wichtig (4)<br>• Fachkräftemangel ist großes Problem (3)<br>• Handlungsempfehlung: Schutz vor Billigkonkurrenz, bessere Löhne (3)<br>• Fokus auch auf ländlichen Raum und kleine Unternehmen (2) |
| Gleichwertige regionale Lebensverhältnisse (27) | • harmonische Entwicklung in allen Regionen bewirken, egal ob Stadt oder Land (13)<br>• ländliche Räume haben große Probleme, spezifische Lösungen finden (gleichwertig heißt nicht gleich) (10)<br>• Förderung von bestimmten Gebieten: Ruhrgebiet, Ostdeutschland (2)<br>• mehr soziale Wohnungen in den Städten (1)<br>• persönliche Motive (1) |
| Selbstbestimmtes Leben im Alter (26) | • Wunsch nach selbstbestimmtem Leben im Alter und Wohlstand (14)<br>• Wohnen: neue Wohnformen bekannter machen, mehr Wohnprojekte für selbstbestimmtes Wohnen, im Alter in eigener Wohnung bleiben können (5)<br>• Möglichkeiten im Alter weiter arbeiten zu können (4)<br>• mehr Respekt beim Umgang mit älteren Menschen (2)<br>• stärkere Teilhabe von Demenzkranken an Gesellschaft ermöglichen (1) |
| Forschung und Innovation (22) | • wichtig für wirtschaftliche Entwicklung, Fachkräftesicherung und Wohlstand (13)<br>• sichert die Zukunft (5)<br>• durch Robotik und weitere technologischen Neuerungen können Einschränkungen im Alter kompensiert werden (2)<br>• Forschung fördert Kreativität und neue Denkweisen (2) |
| Gesundheit (21) | • wichtig für Wohlbefinden und Teilhabe an der Gesellschaft auch im Alter (12)<br>• Missstände in Pflege, Missstände in Krankenhäusern und Arztpraxen, zu hohe Krankenkassenbeiträge für Selbstständige (5)<br>• gesundheitsfördernde Strukturen und Prävention ausbauen (2)<br>• persönliche Motive (2) |
| Bürgerschaftliches Engagement (16) | • wichtig, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu stemmen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen (6)<br>• mehr Unterstützung und Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit (3)<br>• persönliche Motive (3)<br>• mehr Flexibilität bei Formen des Engagements nötig (2)<br>• großes Potenzial, kann viel bewirken (2) |

## Anhang Tabelle 2b

**Tab. 2b: Worauf sollte die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode ihren demografiepolitischen Schwerpunkt legen? – Subkategorien mit Antwortbeispielen für die Handlungsfelder 6 bis 13**

| Handlungsfeld (Anzahl Nennungen) | Subkategorien zu Frage 3 mit Antwortbeispielen (Anzahl Nennungen) |
|---|---|
| Solide und zukunftsorientierte öffentliche Finanzen (29) | • Solide und zukunftsorientierte Finanzen allgemein (11)<br>• Finanzielle Nachhaltigkeit: Generationengerechtigkeit durch nachhaltige soziale Sicherungssysteme (12)<br>• Finanzpolitik: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Sparen attraktiver machen (6) |
| Sicherung der Pflege (28) | • Sicherung der Pflege allgemein (11)<br>• Fachkräfte im Pflegebereich: z. B. bessere Bezahlung, mehr Personal, (Teil-)Akademisierung, Pflegeberufsgesetz (10)<br>• Finanzierung und Versorgungsstruktur: bezahlbare Pflegeheime, bessere Strukturen ambulanter Pflege (7) |
| Fachkräftesicherung (24) | • Fachkräftesicherung und -ausbildung: Zuwanderung, Bindung von Fachkräften an die Heimat (10)<br>• Potenziale heben: Ältere, Jugend, Frauen, Migranten, Arbeitslose, Menschen mit Behinderung (7)<br>• Berufe mit Fachkräftebedarf: Anreize für Handwerk und soziale Berufe (4)<br>• Öffentlicher Dienst: Personalentwicklung in der Bundesverwaltung (3) |
| Jugend (20) | • Jugend aktivieren: Einbinden bei politischen Entscheidungen, sechsmonatiges Sozialpraktikum (7)<br>• Jugend allgemein (7)<br>• Förderung von Kindern und Jugendlichen (6) |
| Gesundheit (19) | • Gesundheitspolitik und Gesundheitssystem: Stärkung der Prävention, Verbesserung der Informationspolitik, Einbeziehung aller in gesetzliche Krankenversicherung (6)<br>• Gesundheitsausgaben: z. B. Kosten begrenzen, alternative Heilmethoden als Kassenleistung, Gesundheitsausgaben als Investition begreifen (5)<br>• flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum (4)<br>• Gesundheit allgemein (4) |
| Bürgerschaftliches Engagement (16) | • Gesellschaftlicher Zusammenhalt: solidarisches Miteinander der Generationen fördern (7)<br>• Bürgerschaftliches Engagement allgemein (5)<br>• Ehrenamt aufwerten: stärkere Würdigung, Vereinbarkeit mit Beruf (4) |
| Selbstbestimmtes Leben im Alter (14) | • Versorgungsstrukturen: Förderung altersgerechter Wohnformen, barrierefreier ÖPNV, mehr kommunale Verantwortung (7)<br>• Selbstbestimmtes Leben im Alter (4)<br>• Aufklärung über das Älterwerden und Veränderung der Altersbilder (3) |
| Forschung und Innovation (11) | • Forschung und Innovation allgemein (11) |

# Rückblick

## Alterung ist eine Chance: Ein neues demografisches Bild auf dem Demografiegipfel der Bundesregierung 2017

**Alle Menschen wollen älter werden, aber niemand will alt sein: Mit diesem Satz thematisierte der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière ein Dilemma, das sich wie ein roter Faden durch die zahlreichen Vorträge und Diskussionen des Demografiegipfels der Bundesregierung am 16. März 2017 in Berlin zog. Dieser stand unter dem Motto „Zusammenhalt stärken – Verantwortung übernehmen“ .**

Vor dem Hintergrund eines veränderten Altersbildes plädierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrem Vortrag für den Mut zum Alter in einem positiven Sinne. Unterstützt wurde sie dabei von Zukunftsforscher Matthias Horx, der die Negativ-Mythen der Alterung in Frage stellte und für einen positiven Blick auf das Alter(n) warb. Bei den Diskussionen über die Arbeit der eingesetzten Arbeitsgruppen spielten vor allem die Themen Digitalisierung, die demografische Entwicklung in den ländlichen Räumen sowie das Engagement der jungen Menschen zur gemeinsamen Bewältigung des demografischen Wandels eine wichtige Rolle.

„Die Vitalität der jungen Alten ist eine Riesenchance für unser Land“: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière wies darauf hin, dass sich der Begriff des Alters und unser Bild davon in einer Weise verändert haben, wie es vor 30 Jahren nicht für möglich gehalten wurde. So stand früher am Ende eines Arbeitslebens der Blick zurück im Vordergrund – dagegen geht es heute um den Blick nach vorn und die Frage: Wo will ich eigentlich noch hin in meinem Leben? (Bild: Henning Schacht)

### Bundesinnenminister Dr. de Maizière: Kein Kampf der Generationen erkennbar

In seinem Eröffnungsvortrag zeigte sich der Bundesinnenminister mit Blick auf den Zusammenhalt der Generationen von einer Sorge befreit: Der vor einiger Zeit prognostizierte „Kampf der Generationen“ lasse sich durch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, Gesprächsforen und Umfragen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung nicht bestätigen. Es habe sich vielmehr gezeigt, dass die politische Blickrichtung unserer Gesellschaft schon immer nicht nur durch persönliche Interessen des Alters geprägt war und ist, sondern auch durch das eigene Umfeld und vor allem durch die Familie.

Um ein politisches Ungleichgewicht der Generationen zu vermeiden, sei – nach derzeitigem Wissen – weniger die Sensibilisierung der Alten für die Themen der Jungen von Bedeutung, sondern die Aktivierung der Jungen für die Teilnahme an politischen Wahlen. Letztlich sei für das Verhältnis von Alt und Jung nicht das Alter entscheidend, sondern ein demokratisches Zugehörig-Sein, dessen Qualität sich auch bei Wahlen zeige, sagte Dr. de Maizière. Es gehe im Rahmen der Diskussion um den demografischen Wandel – und nicht nur hier – viel zu oft um die Aufteilung in Gewinner und Verlierer. Dagegen wolle er Einspruch erheben, denn es gehe in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht um dieses Entweder-Oder, sondern um das Wechselspiel von materiellem und immateriellem Wohlstand in einem lebenswerten Gleichgewicht.

### Dr. Angela Merkel: Anderes Bild der demografischen Entwicklung im Vergleich zu 2012

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wies darauf hin, dass sich das demografische Bild in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren seit Einführung der Demografiestrategie der Bundesregierung im Jahr 2012 verändert habe. Damals wurde davon ausgegangen, dass zwar die Ballungszentren weiter wachsen, aber die Bevölkerungszahl bundesweit doch abnehmen wird. Dagegen zeigt sich aktuell, dass die tatsächliche Entwicklung leicht über den damaligen Prognosen liegt. Als Gründe

„Unter Älteren will keiner alt sein“: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel plädierte vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft in Deutschland für mehr Mut zum Alter im positiven Sinne. Dabei richtete sie auch einen Appell an die Jugend, die ihre Wünsche an die Politik selbstbewusst vorbringen solle und die bei der Gestaltung des demografischen Wandels gebraucht werde. Letztlich gehe es bei der Bewältigung um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, betonte sie.
(Bild: Henning Schacht)

„Nur im Dialog mit der Jugend kann der demografische Wandel funktionieren“: Die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, warb für die Einbindung der jungen Generation in die politische Entscheidungsfindung zur Bewältigung der kommenden demografischen Veränderungen. (Bild: Henning Schacht)

dafür seien vor allem die Zuwanderung aus den europäischen Ländern und die vielen Flüchtlinge, die in der letzten Zeit nach Deutschland gekommen sind, zu nennen, analysierte Frau Dr. Merkel.

Aufgrund dieser Entwicklung gehen aktuelle Prognosen davon aus, dass das Land in 20 Jahren eine Bevölkerungszahl etwa auf dem Niveau von heute haben wird. Trotzdem bleibe es bei der Tendenz, dass einer schrumpfenden Zahl Erwerbstätiger eine wachsende Zahl Älterer gegenüberstehen wird, die sich allerdings regional unterschiedlich verteilen, so die Bundeskanzlerin.

## Noch Luft nach oben: Die Beteiligung der Jugend bei der Gestaltung des demografischen Wandels

Im Verlauf der Veranstaltung wurde immer wieder mit Nachdruck auf den Mitwirkungsbedarf der Jugend bei der Gestaltung des demografischen Wandels hingewiesen. So appellierte die Bundeskanzlerin an die jungen Leute, ihre Wünsche an die Politik selbstbewusst vorzubringen. Die Politik habe die Aufgabe, vernünftige Leitplanken zu setzen, letztlich müsse in der Gesellschaft aber auch das Gemeinsame vorhanden sein, betonte sie.

Für die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) ist klar, dass die Bewältigung des demografischen Wandels nur im Dialog mit der Jugend funktionieren kann. Sie muss gehört werden und ihre Meinung ist in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, forderte sie. Welche Formen von Kreativität im Umgang mit dem demografischen Wandel möglich sind, präsentierten beispielhaft vier Jugendliche mit ihren Vorschlägen.

Im Fokus stand dabei vor allem die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Jugend beim Thema demografischer Wandel. Hier gebe es noch „Luft nach oben“, räumte Frau Marks ein. Präsentiert wurden aber auch ganz konkrete Handlungsempfehlungen, wie beispielsweise sichere und zahlreichere Mobilitätsangebote für Senioren und Jugendliche gerade in den ländlichen Regionen. Vorgestellt wurde auch ein Vorschlag für Online-Schulen und -Universitäten mit kleinen regionalen Lerngruppen, die zu 50 Prozent online lernen und 50 Prozent ihrer Zeit in der Schule beziehungsweise der Universität verbringen.

## Vorschläge der Jugendlichen im Rahmen der AG „Jugend gestaltet Zukunft“

Vor dem Hintergrund schrumpfender Regionen in der Peripherie und auf dem Land müsse dort gezielt um Zuwanderung geworben werden, lautete ein weiterer Ansatz. Und nicht zuletzt spielt in einer älter werdenden Gesellschaft auch die medizinische Versorgung eine Rolle: Hier könnte eine ausgebaute mobile ärztliche Versorgung mit medizinischer Fernüberwachung der Patienten zu einer Verbesserung der Situation in den ländlichen Regionen beitragen.

Denkbar sei etwa, das die sogenannten „Smart Gears“, die wie eine Uhr am Handgelenk getragen werden und wichtige Körperfunktionen messen, diese Daten an

Die Jungen haben das Wort: Eine Auswahl an konkreten Projekten und Lösungsvorschlägen präsentierte eine Gruppe Jugendlicher beim Gipfel. Sie hatten sich in Projekten der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ in ihren jeweiligen Heimatregionen mit dem demografischen Wandel beschäftigt. (Bild: Henning Schacht).

einen Arzt senden, der dann aus der Ferne einen Überblick über den Zustand des Patienten erhält.

Dieser kleine Ausschnitt an Ideen Jugendlicher zeige, welcher Mehrwert ihre Beteiligung auch für die Politik habe, betonte Frau Marks. Die Jugendlichen entwickelten ihre Vorschläge im Rahmen der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ zur Demografiestrategie der Bundesregierung. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Jugendliche und ihre Belange aktiv in die demografiepolitischen Überlegungen der Bundesregierung einzubinden.

### Kann die voranschreitende Digitalisierung bei der Bewältigung des demografischen Wandels helfen?

Die Umsetzung zahlreicher vorgestellter Ideen setzt allerdings eine funktionierende digitale Infrastruktur gerade in den ländlichen Räumen voraus.

Welche Chancen bietet die Digitalisierung für die Arbeitnehmer? Kann sie zur Entlastung beitragen, damit die Menschen länger gesund arbeiten können? Diese Frage beschäftigte in der Diskussion den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann. (Bild: Henning Schacht)

„Gestatten, Coreas mein Name. Ich bin ihr Pflegeroboter“: Welchen Beitrag digitale Assistenzsysteme im Umgang mit der Alterung leisten können, wurde auch konkret erlebbar. So kann der hier vorgestellte Pflegeroboter älteren oder pflegebedürftigen Menschen im Alltag an vielen Stellen helfen. (Bild: Henning Schacht).

Stellvertretend für die vielen Äußerungen zum Thema Digitalisierung richtete der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bei der Podiumsdiskussion den Blick auf die derzeit diskutierten Folgen für den Arbeitsmarkt und stellte die für ihn entscheidende Frage: Gelingt es, die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen, damit Menschen länger gesund und qualifiziert arbeiten können?

Dabei stellt sich diese Frage nach den Chancen, die die Digitalisierung bietet, auch in anderen Bereichen – etwa bei der digitalen Anbindung ländlicher Räume, um dort einen Standortgewinn zu erreichen und ein Abhängen der Regionen zu verhindern, denn: „Wenn man eine Datenautobahn hat, muss man keine Autobahn mehr benutzen“, brachte es der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt, auf den Punkt.

Frau Dr. Merkel wies darauf hin, dass sich in diesen Gebieten für den Staat letztlich ein Problem stelle: Ist er noch in der Lage, die alltägliche Daseinsvorsorge zu realisieren? Aus ihrer Sicht könnte hier die Digitalisierung zur Verbesserung der Lage in den ländlichen Räumen beitragen – vorausgesetzt, man hat erst mal die technische Infrastruktur dafür.

### Digitale Unterstützung und menschliches Miteinander zugleich sind wichtig

Für Bundesinnenminister Dr. de Maizière entscheidet die Digitalisierung massiv über ein gutes Leben – auch und vor allem in den ländlichen Räumen. Aus diesem Grund sei Digitalisierungspolitik auch Infrastrukturpolitik für diese Regionen. So könnten digitale Assistenzsysteme für ältere Menschen helfen, Schwächen in der analogen Infrastruktur auszugleichen. Ein Pflegeroboter könne älteren oder sogar pflegebedürftigen Menschen im Alltag an vielen Stellen helfen. Dies könne aber nicht einen Menschen ersetzen, denn: Letztlich benötige eine Gesellschaft nicht nur die digitale Unterstützung, sondern auch ein menschliches Miteinander, lautete seine Schlussfolgerung.

### Wider die negativen Mythen der Alterung: Was sagt der Zukunftsforscher?

Für die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels spielt vor allem auch die Sichtweise der Gesellschaft eine Rolle, wie der Zukunftsforscher und Gründer des Zukunftsinstituts, Matthias Horx, sagte. Er warnte davor, den Blick auf die Demografie durch eine „Perspektive der negativen Übertreibung“ zu beschränken. Bei näherer Betrachtung erwiesen sich beispielsweise die Negativ-Mythen der Alterung keineswegs als so eindeutig, wie es vielfach dargestellt werde.

So zeige eine Überprüfung der Behauptung „älter gleich kränker“ am Beispiel Alzheimer, dass dies so nicht stimme. Die Krankheit habe enorme Verbindungen zu den jeweiligen Lebensstilen, gerade im geistigen Bereich. In den Regionen Europas, in denen die Lebensqualität und der Bildungsstand hoch sind, nehme Alzheimer in absoluten Zahlen interessanterweise sogar ab, betonte Horx. Dies wurde allerdings noch in keiner Studie thematisiert. Gleiches gelte für den Mythos der schrumpfenden Bevölkerung in Deutschland. Nach den derzeitigen aktuellen Schätzungen werde es nämlich einen Zugewinn bei den Bevölkerungszahlen geben.

Was prägt das Bild einer alternden Gesellschaft? In seinem Vortrag zeigte sich Zukunftsforscher Matthias Horx optimistisch, was den demografischen Wandel angeht. Er plädierte für ein neues Denken über das Alter und wendete sich gegen Szenarien, die von einem existenziellen Niedergang von Kultur und Gesellschaft durch die Alterung ausgehen. (Bild: Henning Schacht)

Auch die Annahme, dass eine alternde Gesellschaft zunehmend erstarre und reaktionär ausgerichtet sei, treffe nicht zu. So nehme trotz steigenden Alters die gesunde Lebensspanne im Alter in den hochentwickelten Industrieländern künftig zu. Zudem steige auch das subjektive Wohlbefinden bei den Älteren an, die deutlich entspannter in ihrem Lebensabschnitt seien.

Mit dem Rückgang von Stress, Sorgen und Ärger bei zunehmendem Alter sowie dem Zwang, Entscheidungen treffen zu müssen, fühlten sich die Älteren deutlich wohler als die Jüngeren. So ist das subjektive Wohlempfinden gerade bei den Mitte 30-Jährigen am niedrigsten. Ursache hierfür seien der Stress und die Entscheidungszwänge in der Rushhour des Lebens, die diese Gruppe besonders intensiv erlebten.

### Das Alter anders denken

All diese widerlegten Mythen offenbarten eine Geisteshaltung in Deutschland mit der Lust am Weltuntergang, diagnostizierte der Zukunftsforscher: „Ohne Weltuntergang geht der Deutsche nicht ins Bett, er fühlt sich wohl in dieser Lage“, resümierte er.

Hier gilt es umzudenken: Warum wird Alter nicht anders gedacht, im Sinne eines „Pro-Ageing“? Dies könnte unsere Kultur reifer und zugleich reicher machen und der negativen Wahrnehmung eines existenziellen Niedergangs von Kultur und Gesellschaft entgegengestellt werden. Für die Bewältigung der Zukunft bedarf es einer funktionierenden vernetzten Beziehung der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft. Dabei kann uns die Gelassenheit des Alters ganz gut helfen. Zumal die Reife einer Gesellschaft ganz klar einen Wettbewerbsvorteil darstelle, analysierte Horx.

Bernhard Gückel, BiB

# BiB international

## Kooperation zwischen dem BiB und dem Korea Institute for Health and Social Affairs schreitet voran

**Vom 20. bis 31.03.2017 war apl. Prof. Bernhard Köppen zum Forschungsaufenthalt am Korea Institute for Health and Social Affairs (KIHASA) in der neuen südkoreanischen Verwaltungshauptstadt Sejong-City.**

Im Zentrum der gemeinsamen Aktivitäten standen Fragen zu demografisch divergenten und konvergenten Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und ob diese als Folge der deutschen Einheit anzusehen sind oder davon unabhängige Trends darstellen. Der demografische Wandel in Südkorea sowie neuere Erkenntnisse und Schätzungen zur Bevölkerungsentwicklung und Struktur in Nordkorea waren weitere Themen. So ist ab diesem Jahr in Nordkorea (teilweise mit UN-Unterstützung) ein Zensus geplant. Beim Informationsaustausch mit dem Vizebotschafter und Wirtschaftsattaché der Bundesrepublik Deutschland in Korea, Weert Börner, wurde die Bedeutung des Themas Demografie für die koreanische Gesellschaft und Wirtschaft betont, wobei die sich hier abzeichnenden Herausforderungen politisch und medial weniger präsent sind als etwa in Deutschland. Daher sind gemeinsame Forschung und wissenschaftlicher Austausch im Bereich „Social Demography“ zwischen Korea und der Bundesrepublik Deutschland auch für die Politikberatung von Interesse.

BiB-Wissenschaftler vor großer Kulisse: Bernhard Köppen vor dem National Research Complex in Sejong City.
Auch Südkorea muss sich mit den Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen. Aus diesem Grund wurde 2016 ein Kooperationsprojekt zwischen dem BiB und dem Korea Institute for Health and Social Affairs (KIHASA) gestartet. Dabei ist aus koreanischer Sicht vor allem die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung von Interesse. Detaillierte Angaben zum Projekt finden sich in der Ausgabe 6/2016 von Bevölkerungsforschung Aktuell. (Bild: Privat)

Die recht junge Kooperation KIHASA-BiB nimmt ihrerseits Fahrt auf: Bereits im April erfolgt ein Gegenbesuch von Herrn Dr. Sang-Lim Lee, welcher insbesondere das Demografieportal des BiB und die Demografiestrategie der Bundesregierung unter die Lupe nehmen wird.

Bernhard Köppen, BiB

# Das BiB in den Medien

## Täglich zur Arbeit und zurück und die Folgen für die Gesundheit

**In einer neuen Studie hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung (BBSR) festgestellt, dass die Zahl der Menschen, die nicht dort wohnen, wo sie arbeiten, zwischen 2000 und 2015 deutlich zugenommen hat: Pendelten im Jahr 2000 noch 53 % aller Arbeitnehmer zu einem Arbeitsplatz außerhalb der Wohnortgemeinde, so waren es 2015 60 %. Dabei werden zugleich auch immer längere Strecken zurückgelegt. Diese Entwicklung sei nicht gesund, wie Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Dr. Heiko Rüger und Dr. Simon Pfaff vom BiB in mehreren Interviews betonten.**

Für den Direktor des BiB ist vor allem die Reduktion der subjektiven Lebensqualität ein entscheidender kritischer Faktor beim Pendeln: „Als Pendler hat man weniger Familienleben und kann zum Beispiel kaum am Vereinsleben teilnehmen im Vergleich zu Nichtpendlern“, warn-

Kein Ende in Sicht: Pendeln nimmt zu und kann krank machen. Im Interview mit dem „heute Journal“ verwies Prof. Schneider auf mögliche gesundheitliche Risiken durch das Pendeln. Dabei gilt auch: Je länger die Strecke, desto höher die Belastung. (Bild: ZDF)

te Prof. Schneider im „ZDF heute-journal“ vom 3. April 2017.

### Gesundheitliche Risiken durch das Pendeln

Daraus entsteht Stress mit möglichen Folgen für die Gesundheit, denn Pendeln verkürzt auch die Freizeit und damit die Zeit zur Regeneration, wie Dr. Simon Pfaff im Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk (hr-Fernsehen) und der Deutschen Presse-Agentur (dpa) betonte. Eine Rolle spielt dabei auch die Länge der Fahrzeit: „Je länger die Fahrzeit, desto größer die Belastung.“ Im Interview mit „Spiegel Online“ betonte Prof. Schneider besonders die ständige Zeitknappheit, die zu Stress führt. Zudem kommt bei Wochenendpendlern hinzu, dass sie sich oft von ihrem sozialen Umfeld entfremden. Folge dieser Entwicklung sind am Ende mögliche Probleme mit der Gesundheit mit unterschiedlichen Symptomen: „Die gesundheitlichen Folgen äußern sich häufig in Bluthochdruck, Schlafstörungen, Rückenproblemen, Erschöpfungszuständen bis hin zu einem Burnout.“ Hier wirkt sich vor allem der empfundene Kontrollverlust durch verspätete Züge oder lange Staus auf dem Weg zur Arbeit negativ auf das Gesundheitsempfinden aus.

### Warum steigt die Zahl der Pendler?

Die Gründe für den Anstieg der Pendlerzahlen sind vielfältig. So tragen Veränderungen im Arbeitsleben ebenso dazu bei wie im Familienleben. Durch die zunehmende Frauenerwerbsquote gibt es immer mehr Doppelverdiener. Paare seien meist unflexibler bei der Wohnortwahl, gerade wenn Kinder im Haushalt leben, sagte Dr. Pfaff gegenüber dpa. Zudem wirkten sich befristete Arbeitsverträge begünstigend auf das Pendeln aus: „Erwerbstätige wollen nicht für einen überschaubaren Zeitraum den Wohnort wechseln.“ Prof. Schneider verwies bei „Spiegel Online“ noch auf einen weiteren wichtigen Grund: Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt spiele eine große Rolle: „Viele ziehen an den Rand der Metropolen, weil es im Zentrum zu teuer wird,“ so der Soziologe. Dabei habe das Pendeln aber auch immer zwei Seiten, wie er in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 8. April 2017 betonte: Man könne seinen Arbeitsplatz behalten und zugleich dort wohnen bleiben, wo man will. Zudem könnten beide Partner weiterhin arbeiten.

### Die innere Einstellung zum Pendeln ist entscheidend

Damit stellt sich letztlich die Frage, wie die Betroffenen das Beste aus ihrer Lage machen können, ohne gesundheitliche Schäden davon zu tragen. Für Dr. Heiko Rüger spielt daher die innere Einstellung eine wichtige Rolle: „Die macht den Unterschied. Es ist wichtig, dass man das Pendeln sinnvoll für sich nutzt“, sagte er in der Sendung „Studio 9“ des Deutschlandradios Kultur am 3. April 2017. Hilfreich ist seiner Meinung nach alles, was dazu beiträgt, dass die Pendelzeit nicht als verlorene eigene Zeit empfunden wird. Zudem sei ebenfalls wichtig, sich nach Alternativen umzuschauen – etwa nach einem besseren Weg oder einem anderen Verkehrsmittel. Entlastung könnte auch durch den Partner bzw. die Partnerin erfolgen, z. B. durch Entlastung im Haushalt oder bei der Kinderbetreuung. Zur Entspannung kann daneben sportliche Betätigung beitragen. Gefordert ist aber ebenso der Arbeitgeber, wie Prof. Schneider betont: „Schon ein Homeoffice-Tag in der Woche kann die Lebenszufriedenheit deutlich erhöhen.“

Die Wahl des Verkehrsmittels scheint für das Stressempfinden hingegen keine Rolle zu spielen. Für Deutschland gibt es kaum Studien, die das untersucht haben. Allerdings lässt sich aus vorliegenden Erkenntnissen festhalten, dass es kaum einen Unterschied macht, ob mit der Bahn oder dem Pkw gependelt wird. Die Frage, ob es daher besser ist, das Pendeln zu vermeiden, lässt sich pauschal so nicht beantworten, meinte Dr. Rüger. Schließlich haben viele Leute triftige Gründe für das Pendeln und haben sich das vorher gut überlegt. Trotzdem sollte man sich auch mit dem Thema Umzug beschäftigen – die Gesundheit wird es am Ende danken.

Bernhard Gückel, BiB

# „Kein Grund zur Sorge, wenn die Richtung stimmt“ – Prof. Dr. Norbert F. Schneider über Folgen und Chancen der Alterung in Deutschland

**Die voranschreitende Alterung in Deutschland ist nach Ansicht des Direktors des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, keine grundsätzlich negative Entwicklung, solange die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen bestehen bleibt. In der FAZ vom 23. März 2017 warb er in einem Beitrag für einen positiven Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels. Im Magazin „Der Markt in Mitteldeutschland“ der Industrie- und Handelskammer Magdeburg (Ausgabe 2/2017) warf er einen Blick auf die Entwicklung auf der regionalen Ebene und zeigte am Beispiel Sachsen-Anhalts die Folgen schrumpfender und alternder Regionen.**

Die Alterung der deutschen Bevölkerung ist eine Tatsache, die sich weder durch eine dauerhaft erhöhte Zuwanderung noch einen moderaten Anstieg der Geburtenrate stoppen lässt, so Prof. Schneider in der FAZ. Die demografischen Ursachen dieses Prozesses liegen zum einen in der seit Jahrzehnten besonders niedrigen Geburtenrate und zum anderen im dynamischen Anstieg der Lebenserwartung mit weiter steigender Tendenz. Der Gewinn weiterer Lebensjahre führt allerdings nicht dazu, dass die Menschen heute länger alt sind, sondern für die meisten bedeuten sie eine Verlängerung des Erwachsenenalters.

## Positive Potenziale des Alter(n)s nutzen

Daraus erwachsen Potenziale, die es zu entfalten und gesellschaftlich zu nutzen gilt. Damit ist Alterung keine grundsätzlich negative Entwicklung, solange die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen möglichst lange erhalten bleibt. Dies sicherzustellen ist eine der wesentlichen politischen Gestaltungsaufgaben, betont der Soziologe. Aus seiner Sicht verlieren alternde Gesellschaften keineswegs an Innovationskraft und Reformfähigkeit, wie oftmals behauptet wird. Im Gegenteil: Alternde Gesellschaften schaffen neue Nachfragemuster und damit neue Märkte; dazu offenbaren sie Reformbedarf in der Arbeitswelt, im Bildungswesen sowie der Zivilgesellschaft. Zudem verschiebt sich mit der Zunahme der Lebenserwartung auch das Pflegerisiko in ein immer höheres Lebensalter. Die Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft kann am besten mit einer lebenslauforientierten Politik erreicht werden, schlägt er vor. So sieht er die herkömmliche Dreiteilung des Lebenslaufs in eine Ausbildungs-, eine Aktivitäts- und eine Ruhestandsphase heute als überholt an.

## Die Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen

Eine moderne bevölkerungsorientierte Politik findet in den Regionen als wettbewerbsorientierte Standortpolitik statt, wobei Bund und Länder geeignete Rahmenbedingungen setzen können und Anregungen geben. Alles Weitere muss unter Einbeziehung der vor Ort lebenden Menschen regional geschaffen und erhalten werden, so Prof. Schneider im IHK-Magazin.

Wie unterschiedlich Schrumpfung und Alterung in den Regionen verlaufen, macht er am Beispiel Sachsen-Anhalt deutlich: Das Land wird auch infolge der Abwanderung junger Menschen weiterhin altern, so dass im Jahr 2030 rund die Hälfte der Einwohner älter als 55 Jahre sein wird. Dazu wird es aber nicht bunter, sondern aufgrund der fehlenden Zuwanderung von außen eher grauer. Damit entwickelt sich mangelnde Vielfalt dort zu einem ernsten Standortproblem, betont Prof. Schneider. Trotz der regionalen Unterschiede und Probleme gibt es aber keinen Anlass für negative Kommentierungen, denn die Entwicklung hat auch positive Seiten. So sind die Menschen immer besser ausgebildet, sie bleiben länger gesund im Vergleich zu früheren Generationen und zeigen ein hohes Maß an Bereitschaft für bürgerschaftliches Engagement. Dies wird auch benötigt, denn bei der Bewältigung des Wandels geht es auch um Neugestaltung und kreative Lösungen, die letztlich nur mit der intensiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gefunden werden können.

Bernhard Gückel, BiB

## Die Kluft zwischen Realität und Vorstellungen – Kerstin Ruckdeschel (BiB) über Erwartungshaltungen von Eltern

**Immer alles richtig machen bei der Erziehung und dabei noch die Erwartungen im Beruf erfüllen – viele Eltern streben nach Perfektion bei der Erziehung ihrer Kinder und geraten damit in ein anstrengendes Spannungsfeld. Eine stetig wachsende Ratgeberkultur erzeugt zusätzlichen Druck, dem sich die Eltern nur schwer entziehen können, sagt Kerstin Ruckdeschel in einem Beitrag des Magazins „Baby und Familie" (Ausgabe 4/2017).**

Wie sehr die Ansprüche an Elternschaft gestiegen sind, wurde bereits in der BiB-Studie „Familienleitbilder in Deutschland" deutlich: So können sich demnach 90 Prozent der Befragten generell vorstellen eine Familie zu gründen, zugleich sind aber 80 Prozent davon der Meinung, dass bei der Erziehung vieles falsch gemacht werden kann. Zudem sind viele der Ansicht, dass erst einmal einige Voraussetzungen geschaffen werden müssen, bevor das Wagnis Kind in Angriff genommen wird. Damit ist Elternschaft immer mehr zu einem Projekt geworden, das nicht gefährdet werden darf, betont Frau Ruckdeschel. Dazu gehört vor allem der Anspruch, gute Eltern zu sein. Wie sehr hier ein Spagat bewältigt werden muss, wird ebenfalls aus der BiB-Studie deutlich: So möchten beide Partner viel Zeit mit dem Kind verbringen, zugleich aber auch im Beruf erfolgreich sein. Allerdings wird ein Widerspruch deutlich, der nach Ansicht von Frau Ruckdeschel das Überforderungspotenzial für die Eltern aufzeigt: Väter wollen nämlich sowohl die Familie ernähren als auch in der Familie präsenter sein. Den Müttern ist ihre finanzielle Unabhängigkeit wichtig, sie möchten sich aber ebenso um ihren Nachwuchs kümmern. Die naheliegende Lösung dieses Konflikts liegt im Herunterschrauben der Ansprüche, sagt die Soziologin. Das ist allerdings leichter gesagt als getan. Meist passiert dies aber automatisch spätestens dann, wenn der Schritt in die Elternschaft getan ist und die Eltern die Kluft zwischen Realität und ihren Vorstellungen direkt erfahren, weiß Frau Ruckdeschel. Letztlich setzen übersteigerte Erwartungen nicht nur die Eltern unter Druck, sondern auch die Kinder. Das gilt vor allem für das, was den heutigen Familien am meisten fehlt: Zeit.

Bernhard Gückel, BiB

## „Der Kinderwunsch ist kulturell geprägt und nur schwer von außen steuerbar" - Dr. Martin Bujard über die leicht gestiegene Geburtenrate und das Ideal der Zwei-Kind-Familie

**Nach der Ansicht von Dr. Martin Bujard vom BiB werden die Frauen, die Ende der 1970er Jahre geboren wurden, im Schnitt etwa 1,6 Kinder bekommen – die zehn Jahre älteren Frauen kamen dagegen nur auf knapp 1,5 Kinder. Trotz eines leichten Anstiegs der Geburtenrate liegt sie allerdings immer noch deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau, wie er im Interview mit der „Rheinischen Post" vom 8. März 2017 betonte. Darin äußerte er sich unter anderem auch zu den Ursachen für das kontinuierlich niedrige Geburtenniveau in Deutschland und der Frage, warum das Zwei-Kinder-Modell sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreut.**

Die Tatsache, wieso die Deutschen wieder etwas mehr Kinder bekommen, ist aus seiner Sicht vor allem in zwei Ursachen begründet: den positiven Wirkungen des Ausbaus der Kinderbetreuung in den vergangenen 15 Jahren sowie dem Anstieg des Anteils der Frauen mit Migrationshintergrund. Deren Geburtenraten sind im Durchschnitt höher als die von Müttern ohne Migrationshintergrund. Allerdings gleicht sich diese Quote in der zweiten Generation derer von deutschen Müttern an, betonte Dr. Bujard.

### Immer weniger kinderreiche Familien

Dass es in Deutschland überhaupt zu einer langen Phase mit wenig Nachwuchs kommen konnte, liegt weniger an dem gestiegenen Anteil kinderloser Frauen, sondern vor allem am Rückgang der Zahl kinderreicher Fami-

lien mit drei und mehr Kindern. Diese Veränderung ist für fast 70 Prozent des Geburtenrückgangs verantwortlich, sagte der Politologe. Warum bei den meisten Paaren bei zwei Kindern Schluss ist, hat kulturelle Gründe: Neben einer Debatte um Überbevölkerung in den 1950er und 1960er Jahren spielte eine gesellschaftliche Stigmatisierung kinderreicher Familien ebenso eine Rolle wie das Vordringen der Anti-Baby-Pille in den 1960er Jahren. Nun war die Zahl der gewünschten Kinder plötzlich steuerbar.

### Zwei-Kinder-Modell wird favorisiert

Dass das Zwei-Kinder-Modell auch nach wie vor so beliebt ist, liegt an der noch heute bestehenden Norm, die sich damals herausgebildet hatte. Durch einen Gewöhnungseffekt an die etablierte Situation wird somit der Zwei-Kinder-Wunsch gar nicht mehr reflektiert, so Dr. Bujard. Dabei hat die Großfamilie keineswegs ein schlechtes Image, wie die Resultate der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland offenbarte: Nur acht Prozent der Befragten bezeichneten demnach Großfamilien als asozial, während zugleich 70 Prozent der Ansicht waren, die Gesellschaft sehe das so. Diese Annahmen stammten offensichtlich noch aus früheren Zeiten, vermutet der Politologe. So weiß man heute zwar, dass es sie gibt, aber nicht mehr warum.

### Die Politik kann Rahmenbedingungen setzen

Letztlich hat die Politik keine direkte Einflussmöglichkeit auf eine Erhöhung der Geburtenrate, da die Entscheidung für oder gegen ein Kind Privatsache ist. Zudem ist der Kinderwunsch kulturell geprägt und nur schwer von außen steuerbar. Allerdings können bessere Betreuungsmöglichkeiten dazu beitragen, dass Paare ihre Kinderwünsche auch realisieren, betonte Dr. Bujard.

Bernhard Gückel, BiB

# Neue Literatur aus dem BiB

**Neue Reihe „Policy Brief“:**

**Erste Ausgabe zum Thema „Teilhabe im (Un)-Ruhestand fördern – Herausforderungen und Handlungsoptionen“. Wiesbaden 2017**

Eine neue Informationsschrift namens „Policy Brief“ des BiB liefert politischen Entscheidern praxisorientierte Informationen und Handlungsempfehlungen zu aktuellen demografischen Themen. In Ausgabe 1 werden Herausforderungen und Handlungsoptionen zur Förderung der Teilhabe im (Un-)Ruhestand vorgestellt und Empfehlungen für die Praxis gegeben. Dieses Thema steht zugleich auch im Mittelpunkt einer neuen Broschüre des BiB, die sich mit den Übergängen, Potenzialen und Lebensplänen älterer Menschen befasst. Die Basis der voraussichtlich dreimal im Jahr erscheinenden Reihe „Policy Brief“ bilden in knapper, übersichtlich aufbereiteter Form wissenschaftliche Ergebnisse aus der Forschungsarbeit des BiB.

Dabei werden zunächst allgemeine Grundlagen der jeweiligen Thematik erläutert. So stellt die aktuelle Ausgabe Befunde aus dem Projekt „Transitions and Old Age Potential: Übergänge und Alterspotenziale (TOP)“ vor. Darin werden Gründe für den Übergang in den Ruhestand thematisiert und es wird der Frage nachgegangen, wie er erlebt wird.

Hinzu kommen Ergebnisse zu den Themen „Erwerbstätigkeit im Ruhestand“ sowie „freiwilliges und soziales Engagement“. Die gewonnenen Erkenntnisse münden in Empfehlungen und Anstößen für die politische Praxis.

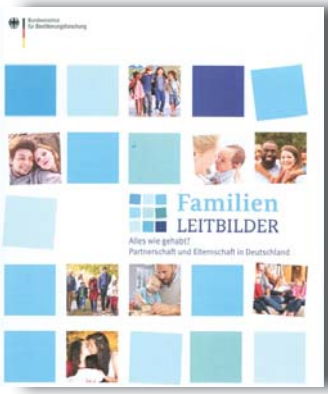
**„Policy Brief“ online unter**

http://www.bib-demografie.de/DE/Veroeffentlichungen/Policy-Brief/policy_node.html

Text: BiB

# Neue BiB-Broschüren

**Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Familienleitbilder – Alles wie gehabt? Partnerschaft und Elternschaft in Deutschland. Wiesbaden 2017**




Wandeln sich Familienleitbilder im Zeitverlauf oder bleiben sie weitgehend stabil? In einer neuen Broschüre präsentiert das BiB zentrale Ergebnisse einer Wiederholungsbefragung über die Familienleitbilder in Deutschland.

Darin wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Familienleitbilder der Menschen im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 verändert haben oder stabil geblieben sind. Zudem wird untersucht, ob sich eine wechselseitige Beeinflussung zwischen dem Familienleben und den Leitbildern nachweisen lässt. Ziel der Wiederholungsbefragung war es darüber hinaus, die Veränderungen im Familienleben zu erfassen und festzustellen, welche Wechselwirkungen zwischen Leitbildern und der Lebensgestaltung existieren.

Die Ergebnisse zeigen, dass die vorhandenen Familienleitbilder stabil sind. Allerdings lassen sich auch Veränderungen und vielschichtigere Bedeutungszuschreibungen der Leitbilder im Vergleich zu 2012 identifizieren.

Die Wiederholungsbefragung schließt an die Leitbildstudie aus dem Jahr 2012 an, in der 5.000 zufällig ausgewählte Personen, die zwischen 1973 und 1992 geboren wurden, Auskunft über ihre Familienleitbilder gaben. Im Jahr 2016 konnten aus dieser Gruppe 1.858 Personen erneut befragt werden. Dabei wurden zusätzlich auch noch einige neue Fragen in den Katalog mitaufgenommen.

**Download der Broschüren unter**

http://www.bib-demografie.de/DE/Veroeffentlichungen/Broschueren/broschueren_node.html

**Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): (Un-)Ruhestände in Deutschland: Übergänge, Potenziale und Lebenspläne älterer Menschen im Wandel. Wiesbaden 2017**

Der Übergang in das Alter hat sich gewandelt. So ist der Eintritt in den Ruhestand für ältere Erwachsene einbedeutender Übergang im Lebenslauf, der angesichts der demografischen Alterung in Deutschland weiterhin an Bedeutung gewinnen wird. Der Übergang in den Ruhestand ist heute immer weniger ein Symbol für „Altsein“. So sind gegenwärtig deutlich mehr Menschen jenseits des 65. Lebensjahrs erwerbstätig als noch vor zehn Jahren. Die Mehrzahl nicht aus rein ökonomischen Gründen. Wenn in wenigen Jahren die geburtenstarken Jahrgänge 1955-1969 aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wird das Thema Übergang in den Ruhestand bald noch mehr Aufmerksamkeit erfahren. Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entwicklungen untersucht das BiB in seinem Forschungsprojekt „Transitions and Old Age Potentials (TOP)“ die Lebenssituation und -verläufe der älteren Menschen beim Übergang in den Ruhestand.

In der neuen Broschüre präsentiert das Institut erste Ergebnisse aus der zweiten Befragungswelle des TOP-Projekts. Dabei liegt hier besonders der Wandel von Alter(n)spotenzialen sowie Pfaden in den Ruhestand im Zeitverlauf im Fokus. Zudem werden die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen (wie zum Beispiel die Gesundheit), die Altersbilder und das berufliche Umfeld älterer Menschen beleuchtet. Die Ergebnisse machen deutlich, dass eine pauschale Gleichsetzung vom Eintritt in den Ruhestand und dem Zustand „alt zu sein“ nicht angebracht ist. Im Gegenteil: die Menschen sind in dieser Übergangsphase noch zum großen Teil erwerbstätig und/oder sehr aktiv in der Familie und in der Zivilgesellschaft.

Texte: BiB

# Literatur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

**Geografische Rundschau 3/2017:**
**Migration und Integration (Hrsg. von Andreas Ette und Frank Swiaczny). Westermann-Verlag Braunschweig.**

*In der März-Ausgabe 2017 der Zeitschrift „Geografische Rundschau" präsentieren Wissenschaftler des BiB und aus anderen Einrichtungen Beiträge zu Konsequenzen und neuen Fragestellungen der Zuwanderung sowohl für Deutschland als auch weltweit.*

**Andreas Ette** und **Margit Fauser** untersuchen in ihrem Beitrag die zunehmende Heterogenisierung der Zuwanderung. Die vielfältigen sozio-ökonomischen, kulturellen und transnationalen Ressourcen sowie aufenthaltsrechtlichen Privilegien und Restriktionen gilt es aus ihrer Sicht zukünftig stärker bei der Untersuchung wachsender Ungleichheiten in der Einwanderungsgesellschaft zu berücksichtigen.

**Claudia Diehl** und **Anne Greser** widmen sich am Beispiel polnischer Neuzuwanderer in Deutschland der Frage, inwieweit Forschungskonzepte wie Einwanderung und Integration angesichts „neuer" Migrationsmuster noch eine Rolle spielen.

Mit den Konsequenzen der Wirtschaftskrise für Neuzuwanderer aus Südeuropa befassen sich **Susanne Stedtfeld**, **Andreas Ette** und **Lenore Sauer**. Sie zeigen einerseits die weitreichenden Veränderungen der Wirtschaftskrise für das innereuropäische Migrationssystem. Andererseits machen sie deutlich, dass die Mobilität in Europa eine wichtige individuelle Ressource bei der Bewältigung der Krise darstellte.

**Claus Schlömer, Bernhard Köppen** und **Michael Horn** versuchen verlässliche Aussagen zu den Voraussetzungen und dem Verlauf beginnender Integration aus der regionalen und lokalen Perspektive zu treffen. Dabei steht in erster Linie die Frage im Fokus, inwieweit sich durch den Zuzug von Flüchtlingen die Grundmuster der regionalen Bevölkerungsentwicklung verändern werden. Szenarien auf der Ebene von Raumordnungsregionen belegen, dass sich die bisherige Flüchtlingsmigration keineswegs mildernd auf die Folgen des demografischen Wandels auswirkt.

Wie sich die ökonomische und soziale Integration von Geflüchteten in Deutschland entwickelt und welche möglichen Lehren in der Forschung aus vergangenen Erfahrungen gezogen werden können, thematisieren **Tanja Fendel** und **Yuliya Kosyakova**.

Welche Einstellungen haben EU-Bürger gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen? Diese Fragen untersucht **Silke Hans**. Ihre Analysen verdeutlichen, dass viele Europäer einer Zuwanderung ins eigene Land offen gegenüberstehen. Allerdings offenbaren sich in der Einstellung zu Zuwanderern große Unterschiede zwischen den Ländern und verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

**Frank Swiaczny** und **Felicitas Hillmann** betrachten Wanderungsströme aus einer globalen Perspektive. So weisen sie darauf hin, dass rund 40% aller Migranten und etwa 80% aller Asylbewerber und Flüchtlinge in weniger entwickelten Ländern (dem sogenannten Globalen Süden) leben. Sie diskutieren die Bedeutung dieser Süd-Süd-Migration, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Immer mehr Migranten und Flüchtlinge suchen Zuflucht in ihren Nachbarländern, wo sie zumeist in prekären Verhältnissen leben müssen. Daher plädieren beide für eine rasche Verbesserung dieser Lebensumstände, um eine Verfestigung eines Lebens in Armut zu vermeiden.

Bernhard Gückel, BiB

**Das Heft online unter**

https://verlage.westermanngruppe.de/zeitschriften/sekundarstufe/geographischerundschau/artikel/51170300/Geographische-Rundschau-Migration-und-Integration

# Comparative Population Studies – News

## Neue Artikel online verfügbar

**Tim Leibert; Sophie Golinski:**
**Peripheralisation: The Missing Link in Dealing with Demographic Change?**

Der demografische Wandel in Deutschland ist ein uneinheitlich ablaufender räumlicher Prozess. Abwanderung und Alterung sind zu drängenden Themen in den meisten ländlichen Regionen geworden. In der Verbindung mit geringer Bevölkerungsdichte und den finanziellen Schwierigkeiten der betroffenen Gemeinden und Serviceanbieter in den ländlichen Regionen führten diese demografischen Trends zum Beispiel zu einer Debatte über die künftige Bereitstellung von Serviceleistungen für die Allgemeinheit. Hinzu kommt das Postulat gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen.

Damit stehen die durch Abwanderung, Abkopplung, Abhängigkeit und Stigmatisierung gekennzeichneten ländlichen Peripherien aufgrund der Überlagerung und wechselseitigen Verstärkung demografischer, sozialer und ökonomischer Problemlagen vor enormen Herausforderungen. Das Zusammentreffen von Peripherisierung und demografischem Wandel führt zu einer Multidimensionalität der Problemlagen, die zudem auf unterschiedlichen Ebenen – vom Individuum bis zur Region – wirksam sind, und erschwert die Entwicklung und Implementierung nachhaltig wirksamer Coping-Strategien. Daher geht der Artikel der Frage nach, ob der „Missing link“ für das Meistern der Herausforderungen des demografischen Wandels in Maßnahmen zur Abschwächung der vier Teilprozesse der Peripherisierung liegen könnte.

Anhand einer deutschlandweiten Analyse demografischer und sozioökonomischer Daten wird zunächst untersucht, welche Regionen in besonderem Maß von einer Gleichzeitigkeit von Peripherisierungsprozessen und demografischem Wandel betroffen sind. Mithilfe von Fallbeispielen aus Sachsen-Anhalt wird anschließend herausgearbeitet, welche Strategien zum Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels in peripherisierten ländlichen Räumen verfolgt werden und dass die Teilprozesse der Peripherisierung einen nachhaltigen Erfolg dieser Maßnahmen gefährden. Als zentrale Hemmschuhe für die Entwicklung und Implementierung erfolgreicher, nachhaltiger und innovativer Coping-Strategien erweisen sich dabei vor allem eine schwach ausgeprägte regionale Identität in Verbindung mit einer starken Abwanderungsneigung junger Erwachsener, „Kirchturmdenken“ und eine geringe Bereitschaft (oder Fähigkeit) zur Entwicklung gemeindeübergreifender innovativer Konzepte sowie das Fehlen eines übergeordneten Leitbilds der an Demografie orientierten Regionalentwicklung, auf das die lokalen und regionalen Einzelmaßnahmen abgestimmt sind. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass aus lokalen Erfolgsmodellen ein regionales Minussummenspiel wird und dass mit der insbesondere in Ostdeutschland häufig angewandten Coping-Strategie des Rückbaus technischer und der Zentralisierung sozialer Infrastrukturen endogene Entwicklungspotentiale im Keim erstickt oder zumindest stark behindert werden.

---

**Gabriela B. Christmann:**
**Analysing Changes in Discursive Constructions of Rural Areas in the Context of Demographic Change. Towards Counterpoints in the Dominant Discourse on “Dying Villages”**

In der Debatte um die Folgen des demografischen Wandels wird immer wieder auf die demografische Situation in strukturschwachen ländlichen Regionen mit hohen Abwanderungszahlen und sterbenden Dörfern an der Peripherie hingewiesen. Dabei sind Migrationsbewegungen vom Land in die Städte keineswegs ein neues Phänomen. Was aktuell passiert, geht aber weit über historische Entwicklungen hinaus: Der Grad und die Dynamik der Emigrationsbewegung, die in die Prozesse des demografischen Wandels eingebettet ist, wuchs in vielen Regionen enorm an. Für die ländlichen Räume stellte sich damit die Aufgabe, sich neu zu erschaffen und Anreize zu geben, um die Abwanderung zu stoppen.

Der Artikel zeigt am Beispiel des Dorfes Treptitz in Sachsen, wie lokale Akteure im Rahmen eines räumlich eng begrenzten gemeinsamen Diskurses neue Ansätze für die Gemeindeentwicklung finden, um so der Abwanderung entgegenzuwirken und die Attraktivität der Gemeinde zu erhalten.

Dabei demonstriert das Beispiel dieses sächsischen Dorfes, das mittels einer ethnografischen Diskursanalyse untersucht wurde, wie ein kleinräumiger Diskurs von begrenzter räumlicher Ausdehnung entwickelt wurde. Darin konnte das gemeinsam geteilte Wissen einen Kontext etablieren, in dem das Dorf als erfinderischer, sozial intakter, entschlossener und dynamischer Raum betrachtet wird. Dieser kleinräumige Diskurs erweist sich als widerstandsfähig gegenüber dem allgemeinen demografischen Diskurs, der hauptsächlich von „sterbenden Dörfern“ spricht.

Der Artikel basiert auf der Annahme, dass druch die Kommunikation und öffentliche Diskurse – insbesondere bei spezifischen wiederkehrenden Inhalten über ländliche Regionen und den demografischen Wandel – spezfische Wissenselemente und Wirklichkeitskonstruktionen in ländlichen Gebieten in der Gesellschaft entstehen und sich stabilisieren können. In diesem Ansatz steckt auch die Idee, dass bei einem Wandel des Inhalts der öffentlichen Diskurse neue Wissenslelemente und Realitätskonstruktionen entwickelt werden können. Vor diesem Hintergrund ist der Ansatz der diskursiven Konstruktion von Räumen als theoretischer Ausgangspunkt für die Analyse gewählt worden.

Übersetzung: Bernhard Gückel, BiB

**Download der Beiträge unter**

http://www.comparativepopulationstudies.de

# Vorträge

### Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Die Vielfalt des demografischen Wandels erfordert mehr hochwertige bevölkerungswissenschaftliche Forschung

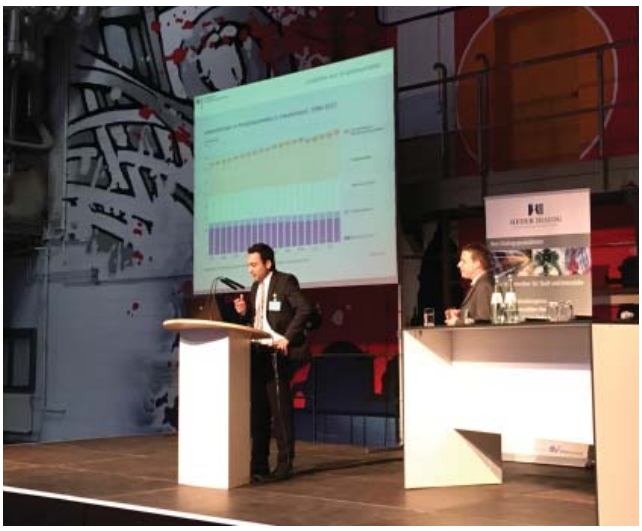
Angesichts der Herausforderungen bei der Erforschung der Folgen des demografischen Wandels kritisierte der Direktor des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, beim Berliner Demografie Forum 2017 am 15. Februar 2017 die schwache institutionelle Verankerung der Demografie an den deutschen Hochschulen. Die ohnehin geringe Zahl an Lehrstühlen und Professuren ging in den letzten Jahren weiter zurück. Dies sei ein beklagenswerter Zustand und aus seiner Sicht dringend veränderungsbedürftig. Die demografischen Entwicklungen erweisen sich auf der regionalen, nationalen und globalen Ebene als zu drängend und bedeutsam, um hier auf eine systematische und breite Erforschung großflächig zu verzichten, betonte er. Nur auf dem Wege einer besseren Verankerung der Bevölkerungsforschung in Lehrstühlen, Instituten, Studiengängen und Lehrplänen könne gewährleistet werden, dass sich auch zukünftig eine qualitativ hochwertige bevölkerungswissenschaftliche Forschung weiter etablieren und ausbauen lasse.

Die zunehmende Dynamik des demografischen Wandels in den kommenden Jahrzehnten und die damit verbundende voranschreitende Veränderung der Gesellschaft erfordere ein fundiertes und reflektiertes Wissen über demografische Entwicklungen und Zusammenhänge. Diese seien nicht immer so eindeutig, wie öffentlich suggeriert werde, warnte der Soziologe. Beispielsweise erscheine das Szenario, dass Deutschland schrumpfe, älter und bunter werde, heute nicht mehr so zwingend, wie noch vor wenigen Jahren. So zeigen ernstzunehmende Szenarien, dass sowohl die Schrumpfungsannahme als auch die wachsende Buntheit der Bevölkerung einer differenzierten Betrachtung der Entwicklung in den Regionen Deutschlands bedürfen, sagte Prof. Schneider. Daraus ergibt sich aus seiner Sicht, dass der demografische Wandel in Deutschland weniger durch generelle demografische Megatrends gekennzeichnet ist als vielmehr durch eine zunehmende Regionalisierung und Heterogenisierung der Räume. In diesen existieren Wachstum und Schrumpfung, Alterung und Verjüngung, wachsende Vielfalt und abnehmende Diversivität der Bevölkerung nebeneinander. Wissenschaft, Politik und Wirtschaft stünden daher vor der Aufgabe, künftig einen Prozess zu moderieren, der die regionalisierten Chancen und Risiken Deutschlands stärker adressiere. Dazu könne die demografische Forschung einen erheblichen Beitrag leisten, betonte der Soziologe.

### Dr. Martin Bujard; Harun Sulak: Alterung in Deutschland kaum zu stoppen

Mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung sowie der Alters- und Haushaltsstruktur haben sich **Dr. Martin Bujard** und **Harun Sulak** beim Immobilien-Dialog am 9. März 2017 in Mainz beschäftigt. Dabei richteten sie den Blick zunächst auf die Bevölkerung in Deutschland, bevor sie die Entwicklung für die Stadt Mainz analysierten. Sie betonten, dass die Alterung in Deutschland künftig nicht aufhaltbar ist. Aus den aktuellen Bevölkerungsprognosen geht hervor, dass die Bevölkerungszahl bis 2035 bei 80-83 Millionen Menschen liegen wird. Inwieweit nach diesem Zeitraum eine Schrumpfung erfolgt, lässt sich derzeit noch nicht sicher sagen, betonte Dr. Bujard. Zu beachten ist hierbei, dass die Projektionen mit zunehmendem Zeithorizont unsicherer werden. Auf jeden Fall bleiben das zukünftige Migrationsgeschehen und die Geburtenentwicklung entscheidend.

Harun Sulak widmete sich der Frage, wie in der Stadt Mainz die demografische Entwicklung weitergeht. Den Prognosen zufolge könnte hier die Bevölkerungszahl bis 2022 leicht ansteigen und danach geringfügig abnehmen, erläuterte Sulak. Es ist dabei von einem minmalen Anstieg der Zahl der Haushalte auch bei konstanten Bevölkerungszahlen auszugehen, da die durchschnittliche Haushaltsgröße weiter abnimmt. Mainz ist und bleibt für (Binnen-)-Zuwanderung eine attraktive Stadt mit einer deutlich jüngeren Altersstruktur als im deutschen Durchschnitt, so der Diplom-Volkswirt.



Ob es tatsächlich einen Bevölkerungsrückgang in Deutschland geben wird bzw. wie stark er ausfallen könnte, ist heute noch offen. Entscheidend für die Entwicklung sind das Migrationsgeschehen und die Geburtenrate, wie Dr. Martin Bujard und Harun Sulak beim Immobilien-Dialog in Mainz betonten. Eines ist auf jeden Fall sicher: Die voranschreitende Alterung der Gesellschaft. (Bild: BiB)

### Dr. Jasmin-Passet-Wittig: Frauen zwischen Kind und Karriere

„Was heißt es heute Frau zu sein?“ Dieser Frage ging **Dr. Jasmin Passet-Wittig** vom BiB bei einer Diskussionsveranstaltung der Stadt Groß-Gerau anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2017 nach. Auf der Grundlage von Befunden aus dem BiB zeigte sie, dass es hohe und teilweise widersprüchliche Erwartungen an Mütter gibt. Nach wie vor leisten sie einen Großteil der Hausarbeit und leiden unter einer hohen subjektiven Belastung bei der Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit. Viele Frauen müssen sich noch immer entscheiden, ob sie ein Kind oder die Karriere wollen. Daher bleiben letztlich immer mehr Frauen kinderlos, so Frau Passet-Wittig.

Die Resultate der BiB-Studie zu Familienleitbildern belegen auch, dass sich junge Frauen und Männer in ihren persönlichen Erwartungen und den gesellschaftlich wahrgenommenen Ansprüchen kaum unterscheiden. Allerdings sind die gesellschaftlichen Ansprüche deutlich konservativer als die persönlichen Ansprüche der Frauen und Männer, analysierte sie. Es ist festzustellen, dass noch immer traditionelle Vorstellungen von Familie auch in der Familienpolitik nachwirken. Dies zeige sich zum Beispiel beim Ehegattensplitting, der Entlohnung sozialer Berufe und bei den Halbtagsschulen oder der fehlenden Unterstützung von Alleinerziehenden.

Was Frauen heute brauchen, sind neben einer besseren Bezahlung und besseren Karrierechancen aktive Väter sowie mehr Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu zählen eine flexible und hochwertige Kinderbetreuung sowie flexible (Lebens-)Arbeitszeitmodelle und familienfreundliche Arbeitgeber. Ziel müsste letztlich sein, dass junge Frauen frei entscheiden können, wie sie Familie und Arbeit verbinden wollen und dazu auch die Möglichkeit haben, resümierte sie.

### Dr. Heiko Rüger; Dr. Gil Viry; Dr. Detlev Lück: Pendelmobile Frauen und deren Fertilität in Deutschland und Frankreich

Wie wirkt sich berufsbedingte räumliche Mobilität auf die Partnerschaft und das Fertilitätsverhalten von Frauen aus? Gibt es Unterschiede zwischen der Entwicklung

in Deutschland und Frankreich und worin liegen die Ursachen? Diese Fragen untersuchten **Dr. Heiko Rüger** und **Dr. Detlev Lück** vom BiB gemeinsam mit Dr. Gil Viry (School of Social and Political Science, University of Edinburgh, UK) bei einem Symposium der Universität Bremen zum Thema „Spacial Mobility, Families and Gender Inequality in the Labour Market" am 28. März 2017. Sie wiesen zunächst auf die erheblichen Unterschiede in beiden Ländern hin: So zeichnen sich zwar beide Länder durch hohe Mobilitätsraten aus, zugleich unterscheiden sie sich erheblich bei der Familienpolitik und den Geburtenraten, betonte Dr. Rüger. Auf der Basis von Daten der zweiten Welle der europäischen Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe" konnten sie mithilfe eines Lebenslaufansatzes zeigen, dass Fernpendlerinnen in Deutschland weniger Kinder haben als die nichtmobilen Frauen. Dagegen gilt dies nicht für die Frauen in Frankreich. Die Analysen zeigen zudem, dass die hochmobilen Frauen in Deutschland in ihrem Lebensverlauf eine größere Zahl von Partnerschaften hatten. Allerdings lassen sich hieraus keine Rückschlüsse auf einen starken Zusammenhang zwischen räumlicher Mobilität und Partnerschaftsmustern ableiten. Die Ergebnisse zeigen vielmehr, dass die Partnerschaftshistorie nicht als Hauptursache für die Fertilitätsunterschiede hochmobiler Frauen in Frankreich und Deutschland angesehen werden kann. Der Zusammenhang zwischen Mobilität und Partnerschaftsverlauf ist komplex, so Dr. Rüger. Auf jeden Fall stellt sich der Konflikt zwischen Familienentwicklung und berufsbedingter Mobilität für Frauen in Deutschland deutlich stärker dar als in Frankreich. Um die Ursachen dafür zu finden, müssen vor allem die sozialen Normen, Familienpolitiken und die vorhandene Infrastruktur für Familien in die Analyse einbezogen werden, lautete die Schlussfolgerung der Forscher.

### Dr. Gil Viry; Dr. Heiko Rüger: Wie zufrieden sind hochmobile Mütter mit ihrer Mobilitätssituation?

In einem weiteren Beitrag auf der gleichen Veranstaltung befassten sich **Dr. Gil Viry** und **Dr. Rüger** mit der Wahrnehmung der Mobilitätserfahrung unter hochmobilen Müttern. Dabei gingen sie zunächst auch von einer möglichen positiven Wahrnehmung der Mobilitätssituation bei dieser Gruppe aus. Die Ursachen dafür liegen aus ihrer Sicht zum einen in der persönlichen Autonomie und Zufriedenheit durch die Erwerbstätigkeit der Mütter; zum andern kann die Fahrzeit als rare Gelegenheit z. B. für eigene Aktivitäten genutzt werden, die im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie zu kurz kommen.

Überprüft wurden diese Annahmen mithilfe der ersten und zweiten Welle des europäischen Surveys „Job Mobilities and Family Lives in Europe." Dabei zeigen die Resultate einer multiplen Korrespondenzanalyse unter 440 hochmobilen Müttern (d. h. Fernpendlerinnen mit einer Fahrzeit von über 2 Stunden täglich sowie Müttern mit häufigen Geschäftsreisen oder die in einer Fernbeziehung leben) von Kindern zwischen 0 und 17 Jahren eine hohe Variabilität bei der Wahrnehmung der Mobilitätssituation, betonten die Forscher. So haben Faktoren wie traditionelle Geschlechterrolleneinstellungen, die ungleiche Verteilung der Hausarbeit und ältere Kinder einen negativen Effekt auf die Wahrnehmung; dagegen wirken sich flexible Arbeitszeiten, die gleiche Verteilung der Hausarbeit, Karriereorientierung und das Leben als Single positiv auf die Einstellung aus. Keine Effekte lassen sich hingegen bei der Bildung, dem Einkommen, der Betreuung von Enkelkindern, der Zahl der Arbeitsstunden sowie der Kinderzahl nachweisen, erläuterten die Forscher.

Bernhard Gückel, BiB

# Personalien und Lehrtätigkeiten

**Apl. Prof. Dr. Bernhard Köppen** absolvierte vom 13. bis 17. Februar 2017 einen Forschungsaufenthalt im Wittgenstein Centre, Vienna Institute of Demography, Wien. Zusammen mit Dr. Marc Luy widmete er sich der Thematik „Is there a fast-track through demographic transition"?

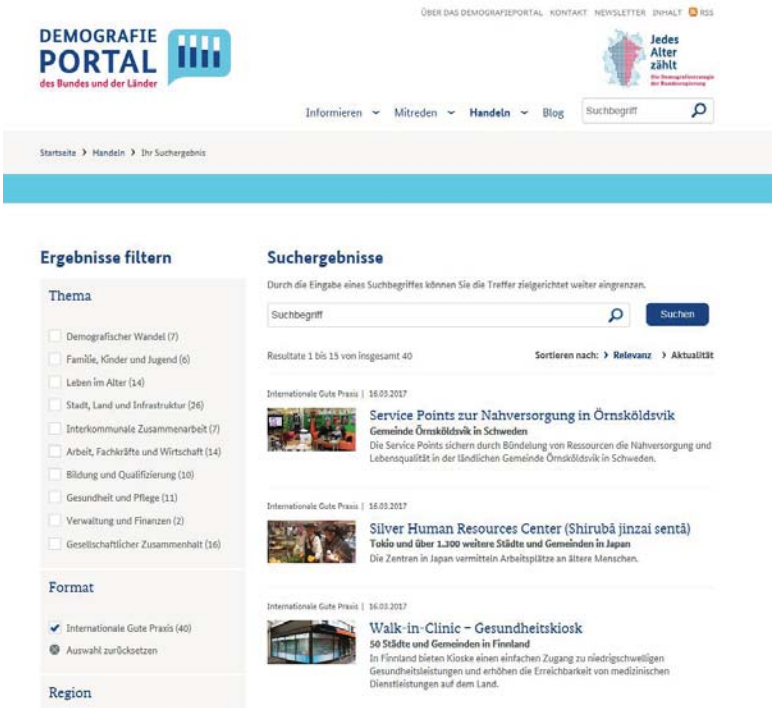
# Neues vom Demografieportal des Bundes und der Länder

## Neue Rubrik „Internationale Gute Praxis“ auf dem Demografieportal

Alle Länder in Europa stehen vor ähnlichen demografischen Herausforderungen: Alternde Bevölkerungen und starke Abwanderungsbewegungen in manchen Regionen. Aus dieser Entwicklung ergibt sich die Frage: Was kann Deutschland von anderen Ländern lernen?

Dabei sind viele Folgen des demografischen Wandels zuerst auf regionaler Ebene zu spüren. Das Demografieportal präsentiert bereits über 180 Gute-Praxis-Beispiele aus deutschen Kommunen. Aber auch andere Länder haben kreative Antworten auf den demografischen Wandel gefunden.

Daher wurde die Rubrik „Internationale Gute Praxis“ auf dem Demografieportal gestartet. Die 40 Beispiele zeigen, was im europäischen Ausland sowie in Japan und Kanada bei der regionalen Daseinsvorsorge bereits gut funktioniert. So werden Projekte wie zum Beispiel Arbeitsvermittlungsangebote für ältere Menschen in Japan in Vermittlungszentren ebenso vorgestellt wie sogenannte Service Points in Schweden, die durch Bündelung von Ressourcen die Nahversorgung und Lebensqualität in ländlichen Gemeinden sichern helfen.




**Mehr Informationen online unter**

http://www.demografie-portal.de/DE/Handeln/_function/filter/handeln_formular.html

# Veranstaltungen

## 5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung – Call for Papers

5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung
Wien 9.–11. November 2017

**Die Abstracts für die Veranstaltung vom 9. bis 11. November 2017 in Wien können noch bis zum 30. April 2017 eingereicht werden.**

Sie sollten maximal 4.500 Zeichen ohne Leerzeichen umfassen und können in Deutsch oder Englisch geschrieben werden. Die Vorträge dürfen eine Dauer von 20 Minuten nicht überschreiten und können auf Deutsch oder Englisch gehalten werden. Nach Abschluss des Kongresses besteht die Möglichkeit, eine schriftliche Version des Vortrags für eine geplante Buchpublikation zur Verfügung zu stellen. Organisiert wird der Kongress vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), dem Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien sowie dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden.

**Mehr Informationen online unter**

http://www.familyscience.eu/de/call_for_papers/

# Buch im Blickpunkt

## Henriette Engelhardt: Grundlagen der Bevölkerungswissenschaft und Demografie

**Die Bedeutung demografischer Themen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Stellvertretend seien hier nur die Stichworte „alternde Gesellschaften", „Geburtenrückgang" oder „wachsende Zuwanderung" genannt. Zugleich ist der Bedarf für Erklärungen durch die demografisch und bevölkerungswissenschaftlich ausgerichteten Disziplinen gestiegen. Vor diesem Hintergrund liefert der interdisziplinär ausgerichtete Band einen grundlegenden Überblick über Theorien, Methoden und empirische Befunde aus den verschiedenen Bereichen der bevölkerungswissenschaftlichen und demografischen Forschung.**

*Das Buch:*
*Henriette Engelhardt:*
***Grundlagen der Bevölkerungswissenschaft und Demografie***
*Ergon Verlag 2016*
*ISBN: 978-3-95650-167-8 (Print)*

### Wie unterscheiden sich Bevölkerungswissenschaft und Demografie?

Das 1. Kapitel widmet sich zunächst der Frage nach dem Wesen und den Unterschieden der beiden Disziplinen Bevölkerungswissenschaft und Demografie. Demnach bezeichnen zwar beide Richtungen die wissenschaftliche Lehre natürlich auftretender Bevölkerungen. Allerdings ist das Untersuchungsgebiet der Bevölkerungswissenschaft deutlich weiter gesteckt als das der Demografie, die sich vor allem mit originären demografischen Variablen beschäftigt. Letztere beschreibt mit Zahlen und Kennziffern, wie sich die Bevölkerungsgröße, -struktur und -verteilung durch demografische Ereignisse verändern. Die Bevölkerungswissenschaft untersucht in einem weiteren Rahmen hingegen die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerung und anderen gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, sozialen Sicherungssystemen oder Umwelt. Dazu richtet sich der Blick auf Ursachen und Konsequenzen des Bevölkerungswachstums auch in Deutschland. Hier wird konstatiert, dass die natürliche Bevölkerungsentwicklung seit Anfang der 1970er Jahre tendenziell negativ verlaufen ist und seit 50 Jahren von der Nettomigration (also der Differenz aus Zu- und Fortzügen, bezogen auf die mittlere Zahl der Bewohner eines Landes in 1.000) dominiert wird.

Wie sich die Bevölkerungswissenschaft in Deutschland fachlich und institutionell entwickelt hat, ist ein weiterer Gegenstand des Kapitels. Neben der Darstellung der Verankerung des Faches an den deutschen Universitäten hat hier nicht zuletzt auch die Gründung des BiB im Jahr 1973 als Forschungs- und Politikberatungsinstitut für die Bundesregierung die außeruniversitäre Institutionalisierung des Faches ergänzt.

### Zwischen Optimismus und Pessimismus:

Wie sehr die Analysen des Bevölkerungswachstums im Laufe der Geschichte bevölkerungswissenschaftlichen Denkens zwischen optimistischen Annahmen und totalem Pessimismus schwankten, macht die Darstellung in Kapitel 2 deutlich. Beginnend bei Konfuzius, für den Bevölkerungswachstum die Wohlfahrt aller garantierte, sowie Platon und Aristoteles reicht die historische Betrachtung über die klassischen Nationalökonomen wie Adam Smith, Thomas Robert Malthus oder John Stuart Mill bis hin zu biologistischen und sozialistischen Vordenkern wie Friedrich Engels und Karl Marx. Dabei wird darauf hingewiesen, dass sich die Bevölkerungslehre des gesamten 19. Jahrhunderts an den Ausführungen von Malthus entzündete. Er lieferte durch seine Bevölkerungstheorie das theoretische Fundament für einen aufkommenden Bevölkerungspessimismus Ende des 18. Jahrhunderts, indem er von einer sich reduzierenden Weltbevölkerung aufgrund fehlender Nahrungsmittel ausging.

### Über Hypothesenbildung und demografische Fehlschlüsse

Folgt aus dem negativen Zusammenhang zwischen der individuellen Geburtenzahl und der Scheidungswahrscheinlichkeit notwendigerweise die Annahme, dass da-

her in Ländern mit höheren Scheidungsquoten die Geburtenquote tiefer ist? Hier muss die Antwort lauten: Nein, das genaue Gegenteil ist der Fall. Es handelt sich um einen klassischen Populationsfehlschluss, der sich durch falsche Schlüsse von Merkmalszusammenhängen auf der Individualebene auf Zusammenhänge auf einer höheren Aggregatebene auszeichnet. Dies ist nur eines von diversen methodischen Beispielen, mithilfe derer in Kapitel 3 Methoden und Modelle zur Erklärung demografischer Prozesse vorgestellt werden. Im Mittelpunkt steht hier neben der Hypothesen- und Theoriebildung unter anderem auch die zunehmende Mathematisierung von Theorien und Simulationen.

### Daten als Grundlage empirischer demografischer Forschung

Um theoretische Ansätze und Annahmen empirisch zu überprüfen, bedarf es vorhandener Daten, die im Wesentlichen entweder aus Verwaltungsregistern oder aus Umfragen gewonnen werden. Sie bilden die Grundlagen der demografischen Analyse und werden in Kapitel 4 thematisiert. Ausgehend von der Präsentation wichtiger Datenquellen wie Volkszählungen, dem Mikrozensus oder nichtamtlichen Individualdaten aus unterschiedlichen Surveys werden hier auch Darstellungs- und Analyseverfahren sowie demografische Maße vorgestellt.

### Genaues weiß man nicht: Grenzen bei der Erforschung der Bevölkerungsgröße und -entwicklung

Welche Bedeutung korrekte Daten haben und wie problematisch die Erhebung sein kann, wird im Kapitel 5 am Beispiel der Bevölkerungsgröße und des Bevölkerungswachstums aufgezeigt. So ist die genaue Erfassung der Bevölkerungsgröße z. B. infolge von Abgrenzungsproblemen im Rahmen einer Volkszählung weitaus schwieriger, als es auf den ersten Blick erscheint. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf die Entwicklung des historischen Bevölkerungswachstums. So ist über die Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit nichts genaues bekannt, da erst seit etwa 200 Jahren in Europa und den USA zuverlässige Bevölkerungsdaten gesammelt werden. In den meisten Ländern der Dritten Welt ist die Lage noch schwieriger; hier hat vielerorts der erste Zensus erst vor wenigen Jahrzehnten stattgefunden. Somit existieren durch Kombinationen verschiedener Indizien zwar Aussagen über die großen Linien der Bevölkerungsgeschichte, aber Angaben über absolute Bevölkerungszahlen sind wenig verlässlich und beruhen meist auf Schätzungen.

Für die Erforschung der Bevölkerungswachstums wird mit Beschreibungen oder Wachstumsmodellen gearbeitet, die auf der Basis beobachteter Bevölkerungszahlen zukünftige Entwicklungen vorhersagen sollen. Dabei verbergen die präsentierten Kennzahlen und Modelle des Bevölkerungswachstums allerdings die wesentlichen Details der zugrundeliegenden Veränderungen der Population. Für eine detaillierte Analyse werden daher die dahinterliegenden demografischen Prozesse der Fertilität, Mortalität und Migration herangezogen.

### Veränderungen bei der Altersstruktur und -verteilung und die Folgen

Für die Bestimmung der Ursachen und Konsequenzen demografischer Wachstumsprozesse bedarf es einen exakten Bildes der demografischen Struktur. In Kapitel 6 werden wichtige Merkmale der Vitalstruktur einer Bevölkerung wie Geschlechterverhältnis, Altersstruktur und -verteilung sowie die Auswirkungen ihrer Veränderungen auf diverse Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft vorgestellt. Dazu zählen beispielsweise die Folgen der demografischen Alterung für die Alterssicherung, den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie die familialen Generationenbeziehungen. Aber auch die wachsende Bedeutung der Alten für die politischen Prozesse (Wahlen, poltische Botschaften etc.) werden hier thematisiert.

### Die Bedeutung der Regionalstruktur

Die genannten demografischen Prozesse treten in ihrer Intensität nicht in allen Regionen im selben Maße auf. Von Bedeutung ist hier nicht zuletzt die Verteilung einer Bevölkerung eines Gebietes über die bewohnbare Fläche mit Konzentrations- bzw. Dispersionstendenzen. Für die Darstellung der Bevölkerungsverteilung werden kartografische Formen, Geoinformationssysteme (GIS) und Kennziffern verwendet, die Kapitel 7 zum Thema hat. Zugleich werden die Auswirkungen der Bevölkerungsdichte im Zusammenhang mit demografischen Prozessen wie zum Beispiel der Fertilität diskutiert, die im Fokus von Kapitel 8 steht.

### Erklärungsansätze von generativem Verhalten

Die deutlichen Veränderungen der Alterspyramide, die sich in Deutschland und anderen Ländern zeigen, resul-

tieren nicht nur aus der Verlängerung der Lebenserwartung bzw. der altersselektiven Zuwanderung. Vielmehr sind auch plötzliche und dramatische Veränderungen bei der Geburtenzahl von Bedeutung. Für die Beurteilung der Geburtenentwicklung eines Landes oder einer Region ist zunächst die Messung der Fertilität wichtig. Kapitel 8 liefert dazu einen Überblick über die relevanten Messgrößen wie die diversen Geburtenraten und Reproduktionsindikatoren. Es werden Theorien der Fertilität vorgestellt, die allesamt auf der Mikroebene angesiedelt sind und sich vor allem mit generativen Entscheidungen befassen. Neben ökonomisch orientierten Theorien müssen hier sozialpsychologische Ansätze, der «Value of Children»-Ansatz sowie die Lebensverlaufsperspektive genannt werden. Dabei ist den genannten Ansätzen gemeinsam, dass sie unterschiedliches Fertilitätsverhalten erklären wollen – insbesondere nach den demografischen Veränderungen im Zuge des Zweiten Demografischen Übergangs.

### Sterblichkeitsverhältnisse und die steigende Lebenserwartung

Neben der Fertilität spielt für die Entwicklung einer Bevölkerung die Mortalität eine ebenso bedeutsame Rolle. Zu diesem Thema liefert Kapitel 9 zunächst Antworten auf die Frage, wie Sterblichkeitsverhältnisse in einer Population gemessen und dargestellt werden. Zusätzlich zu den entsprechenden Mortalitätsmaßen und Sterbetafeln wird auch die Entwicklung der Lebenserwartung thematisiert, die im Laufe der Menschheitsgeschichte immer stärker angestiegen ist. Damit stellt sich die Frage, ob sich dieser Anstieg immer weiter fortsetzen werden kann und vor allem, wie Lebenserwartungssteigerungen zustande kommen sowie in welchem Gesundheitszustand die gewonnenen Lebensjahre verbracht werden. In diesem Zusammenhang werden Ansätze für die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern und die Frage nach den Ursachen für diese geschlechtsspezifischen Mortalitätsunterschiede diskutiert. Deutlich wird dabei, dass Männer neben biologischen Nachteilen auch durch nicht-biologische Ursachen (ungesunde Lebensweise etc.) mit einer höheren Sterblichkeit als die Frauen rechnen müssen.

Zu den wichtigsten sozialen Determinanten der Mortalitätsverhältnisse gehören Merkmale der sozialen Schichtzugehörigkeit, die sowohl auf der Makro- als auch der Mikrobene vielfach nachgewiesen wurden. Demnach ist das Sterberisiko in höheren sozialen Schichten in faktisch allen Altersgruppen geringer als in niedrigeren Schichten. Dazu gibt es Erkenntnisse, dass sich auch der Familienstand auf die Mortalität auswirkt. So haben sich in den letzten Jahrzehnten die Unterschiede bei der Sterblichkeit in Bezug auf den Familien- bzw. Zivilstand verstärkt.

### Formen und Messung von Migration

Die dritte demografische Komponente, die für die Entwicklung der demografischen Bilanz großen Einfluss hat, ist das Migrationsgeschehen. Neben der Definition von Migration gibt Kapitel 10 einen Überblick über Arten und Formen sowie die Erfassung und Messung der Migration. Deutlich wird, dass es zwar diverse Typisierungen mit dem Ziel der Entwicklung einer Migrationstheorie gibt, allerdings existiert bislang trotzdem keine allgemeine Theorie, die auf Typologien aufbaut. Zur Erklärung von Wanderungsbewegungen werden in der Literatur vielmehr eine Vielzahl unterschiedlicher theoretischer Ansätze diskutiert, die auch vorgestellt werden.

Bei der Messung von Migration wird immer wieder auf die Problematik der Datenlage hingewiesen, die neben Problemen bei der Erfassung auch durch unterschiedliche Messkonzepte beeinflusst wird. So wird darauf verwiesen, dass unzulängliche Migrationsstatistiken die Beurteilung des gesamten Zuwanderungsgeschehens erschweren. Dies betrifft auch die internationale Ebene, auf der sich die Migrationsstatistiken diverser internationaler Institutionen aufgrund der Unterschiede bei Definitionen sowie der Erfassungssysteme nur eingeschränkt vergleichen lassen. Im Rahmen des Kapitels wird ebenfalls das Einwanderungsgeschehen in Deutschland aus einer historischen Perspektive vorgestellt. Dabei wird deutlich, dass Deutschland als Zuwanderungsland mit einer langen Migrationsgeschichte angesehen werden muss. Zugleich zeigt sich, dass Wanderungsbewegungen sowohl in der Abwanderungs- als auch in der Zuwanderungsregion demografische, wirtschaftliche und soziale Folgen mit unterschiedlichen Wirkungen hinterlassen. Besonderes Interesse gilt dem Arbeitsmarkt, wobei sich hier die Diskussion unter anderem um die Frage dreht, inwieweit sich Zuwanderung positiv oder negativ auf einheimische Arbeitsmarktökonomien auswirkt (Stichwort: Negative Lohneffekte durch billige Arbeitskräfte?) Bei der Betrach-

tung der sozialen Folgen stehen in erster Linie multidimensionale Aspekte der Assimilation und Integration im Mittelpunkt.

### Welche Einflussmöglichkeiten haben Bevölkerungs- und Familienpolitik auf demografische Prozesse?

Die messbaren Ergebnisse demografischer Prozesse führen zu unterschiedlichen Entwicklungen der Bevölkerung in verschiedenen Ländern und Regionen: So haben zum Beispiel nahezu alle westlichen Industriestaaten mit hohem Bildungsniveau sinkende Geburtenraten, während zahlreiche weniger entwickelte Länder mit einem Bevölkerungswachstum kämpfen. Somit muss sich Bevölkerungspolitik mit diametral entgegengesetzten Bevölkerungsproblemen auf der Welt auseinandersetzen. Sie ist darauf ausgerichtet, die Einwohnerzahl und die Bevölkerungsstruktur der Bevölkerung zu beeinflussen, wie in Kapitel 11 gezeigt wird. Mehrheitlich geschieht dies durch indirekte sozialpolitische Maßnahmen, die sich nicht direkt auf die Struktur und Größe einer Bevölkerung auswirken, sondern zu Veränderungen in wichtigen Lebensbereichen führen. Allerdings können dabei auch Nebenwirkungen erfolgen, die eigentlich gar nicht angestrebt waren und nicht beabsichtigte Folgewirkungen zeigten – wie zum Beispiel eine Reduktion der Kinderzahl durch sozialpolitische Maßnahmen, die ursprünglich auf eine Anhebung des Bildungsniveaus von Frauen abzielten.

Weltweit steht heute bei den Maßnahmen der Bevölkerungspolitik in erster Linie die zielgerichtete Beeinflussung der Fertilität und Migration im Fokus. Dabei wird aber in vielen Ländern Europas mit einer niedrigen Fertilität keineswegs eine explizite Bevölkerungspolitik betrieben. Es gibt vielmehr eine Reihe von Politikfeldern wie beispielsweise die Familienpolitik, die einen mehr oder weniger deutlichen demografischen Bezug aufweisen.

Vor der Einschätzung der Wirkungen von familienpolitischen Interventionen wird zunächst betrachtet, wie die Effekte dieser Maßnahmen mithilfe methodischer Anwendungen wie nicht-experimentellen Untersuchungsdesigns geschätzt werden können. Dabei wird die Wirksamkeit politischer Maßnahmen am Beispiel Fertilität diskutiert. Als Resultat wird deutlich, dass die Interpretation von Fertilitätsdifferenzen als Folge politischer Effekte mit Vorsicht betrachtet werden muss und auch Alternativerklärungen in Betracht zu ziehen sind. Dazu gehört beispielsweise die Messung der idealen Kinderzahl zur Erfassung des potentiellen Spielraums von politischem Einfluss, die aufgrund ihrer großen Variabilität im Lebenslauf als nicht unproblematisch betrachtet wird. Empirische Studien, die auf multivariate ökonometrische Modelle zurückgreifen, legen allerdings nahe, dass die Effekte politischer Maßnahmen auf die Fertilität nur gering sind. Die international vergleichende Forschung präsentiert sich in diese Frage widersprüchlich. Es wird je nach Perspektive sogar infrage gestellt, ob politische Maßnahmen hier überhaupt einen Effekt haben können.

Bernhard Gückel, BiB


## Impressum

Bevölkerungsforschung Aktuell

**Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 2/2017 – 38. Jahrgang**
Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0220179
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2017 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.